

Reinhold Billstein  
(Hrsg.)

# Das andere Köln

Demokratische Traditionen  
seit der Französischen Revolution

Pahl-Rugenstein

© 1979 by Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Barrikade in Köln, Alter Markt 25. 9. 1848 (im Hintergrund der noch im Bau befindliche Dom) – zeitgenössische Darstellung von 1848

Gesamtherstellung: Fuldaer Verlagsanstalt

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Das andere Köln:** demokrat. Traditionen seit d. Franz. Revolution / Reinhold Billstein (Hrsg.). – Köln: Pahl-Rugenstein, 1979.

(Kleine Bibliothek)

ISBN 3-7609-0467-X

NE: Billstein, Reinhold [Hrsg.]

## Die Friedensbewegung in Köln nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>1</sup>

### *Für einen demokratischen Neuanfang nach 1945*

Organisierte Friedensarbeit läßt sich in Köln bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen. Die bürgerliche Friedensbewegung war hier bereits vor 1900 durch »Vater (Carl) Meuter« vertreten<sup>2</sup>, der eine Ortsgruppe der 1892 in Berlin gegründeten Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) ins Leben rief. In der Weimarer Republik wurde die DFG-Gruppe zunächst von dem Lehrer Ahrends<sup>3</sup> und von Karl Lerschmacher<sup>4</sup> geleitet; 1928 übernahm dann Max Heinig den Vorsitz. Er gehörte seit 1905 der SPD an und hatte sich der DFG 1914 aus Enttäuschung über das Verhalten seiner Partei (Bewilligung der Kriegskredite) angeschlossen.<sup>5</sup> Heinig, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Köln-Rath einen Bürgerauschuß initiierte und in den 50er Jahren maßgeblich daran beteiligt war, daß der Bau eines Atomreaktors und die Anlage eines Truppenübungsplatzes im Königsforst verhindert werden konnten<sup>6</sup>, war auch nach dem Krieg die treibende Kraft bei der Wiedergründung der Kölner DFG Anfang 1946, nachdem die Besatzungsbehörden im November 1945 die DFG generell für die englische Besatzungszone zugelassen hatten.<sup>7</sup>

Die DFG traf bei ihrem Neubeginn auf schwierige Bedingungen. Im Vordergrund des Interesses der Menschen standen die Sicherung des täglichen Lebensunterhaltes und der Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen und Arbeitsplätze; von der Politik hielt man sich fern, war doch jede politische Tätigkeit durch die nationalsozialistische Diktatur vorerst diskreditiert. Zusätzlich wurde die politische Arbeit erschwert durch fehlende Räumlichkeiten, Materialmangel (vor allem Papier war kaum aufzutreiben) und andere organisatorische Hemmnisse, die in erster Linie kleinere Organisationen stark belasteten. Zwar wollte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Militär und Krieg nichts mehr wissen, doch lagen der Ableh-

nung alles Militärischen in der Regel die Schrecken des Krieges und weniger eine ausgeprägte pazifistische oder antimilitaristische Haltung zugrunde. Zusätzlich erschwerend wirkte sich schließlich auch die Besatzungspraxis der Militärbehörden aus, die Mitglieder und Funktionäre der DFG beim Wiederaufbau der Verwaltungen kaum berücksichtigten und stattdessen bevorzugt auf die alten Eliten zurückgriffen.

Unter diesen Bedingungen nahm die Friedensgesellschaft nach 1945 ihre Arbeit wieder auf. Ihre Zielvorstellungen werden in einem Aufruf aus dem Jahre 1946 deutlich: »Der Krieg ist verloren! Wir müssen den Frieden gewinnen! Darum hört nicht auf die Nazi-Flüster-Propaganda, die von neuen kriegesrischen Verwicklungen träumt, als Rettung aus der eigenen verzweifelten Lage! Sondern kämpft mit der Deutschen Friedensgesellschaft für den Frieden. Kämpft gegen jede Art von Nationalismus für die Solidarität der Völker, gegen den Militarismus und militaristische Knechtsgesinnung, für die Freiheit der Überzeugung und persönliche Verantwortlichkeit, gegen den imperialistischen Kapitalismus für eine gerechte Lebensordnung auf sozialistischer Grundlage!«

Ein weiteres Flugblatt aus dieser Zeit legte dar, daß die Sicherung des Friedens und die Errichtung eines demokratischen Deutschland vom aktiven Einsatz der Bürger abhängig war: »Heute stehen wir wieder da, wo wir 1919 standen, nur ist die Katastrophe größer, sind Not und Elend gegen damals vervielfacht. Soll das grausige Spiel sich wiederholen? Nein, das darf nicht sein! Der Nazi-Krieg ist verloren, jetzt gilt es den Frieden zu gewinnen. Aber der Friede will erkämpft sein. Die Republik von 1918–1933 hat uns gezeigt, wie man es nicht machen darf. Nicht nur die bestialischen Nazis, auch die preußisch-alldeutschen Mitverschworenen müssen politisch unschädlich gemacht werden, wenn neues Unglück für unser Volk verhütet werden soll. Dazu muß jeder mithelfen, der aus der Vergangenheit gelernt und ein ehrlicher Friedenskämpfer werden will. Der Einzelne ist machtlos, im Zusammenschluß liegt die Kraft und die Bürgerschaft des Erfolgs.«<sup>8</sup>

Der unmittelbare Erfolg derartiger Sammlungsaufrufe hielt sich in Grenzen; zählte die DFG Ende 1946 im Distrikt Dellbrück 30 Mitglieder<sup>9</sup>, so belief sich der Gesamtbestand 1949 auf etwa 250 Mitglieder, von denen ein beträchtlicher Teil vermutlich bereits vor 1933 Mitglied gewesen war.<sup>10</sup> In den folgenden Jahren stagnierte die Mitgliederzahl bei leicht fallender Tendenz, die vor allem auf natürlichen Abgang zurückzuführen ist.<sup>11</sup>

Die Hauptarbeit der DFG bestand in den ersten Jahren in der Durchführung regelmäßiger Mitgliederversammlungen, die der Schulung der Mitglieder dienen sollten und für Gäste offen waren. Wegen der schwierigen Verkehrsverhältnisse fanden die Veranstaltungen, auf denen Probleme des Pazifismus und politische Tagesfragen behandelt wurden, in den Distrikten statt, in die das Stadtgebiet aufgeteilt war.<sup>12</sup> Verschiedentlich wurden die Vorträge durch musikalische Darbietungen und Gedichtrezitationen umrahmt; von der Vielzahl der behandelten Themen sei im folgenden eine Auswahl angeführt: »Die Frau und der Friedensgedanke«, »Jugend und Friedensidee«, »Die Gottes-Friedensbewegung im Mittelalter«, »Gab es in Deutschland eine Widerstandsbewegung?«, »Die Lehren aus zwei Weltkriegen«, »Die Tragödie von Stalingrad«. Im Juni 1947 ging die Gruppe erstmals in größerem Rahmen an die Öffentlichkeit, als sie im Agnessaal eine Gedenkfeier zum 100. Geburtstag Bertha von Suttners veranstaltete. Ein größeres Echo fand freilich der Besuch von vier holländischen Freunden aus der Friedensbewegung, darunter drei Pfarrern, die der holländischen Friedensorganisation »Kerken Vrede« angehörten, jahrelang im Konzentrationslager gesessen hatten und im Oktober 1947 auf Einladung des Versöhnungsbundes und der DFG nach Köln gekommen waren. Es handelte sich um den ersten Besuch ausländischer Pazifisten in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg; die holländischen Gäste führten Gespräche mit Lehrern, Geistlichen und Jugendgruppen und versprachen, sich nach ihrer Rückkehr für eine Verständigung zwischen dem holländischen und dem deutschen Volk einzusetzen.<sup>13</sup>

### *Gegen die Remilitarisierung*

Hatte sich die Arbeit der DFG in den ersten Nachkriegsjahren vornehmlich auf die eigene Konsolidierung konzentriert, so trat die Organisation ab Beginn der 50er Jahre verstärkt an die Öffentlichkeit. Den Anlaß für diese Außenaktivitäten lieferten die drohenden Anzeichen einer Remilitarisierung Westdeutschlands, die von der Friedensgesellschaft bedingungslos abgelehnt wurde, zumal die militärische Westintegration der Bundesrepublik das Ziel einer baldigen Wiedervereinigung in weite Ferne rücken mußte. Bereits Anfang 1949 übermittelte die Gruppe der Öffentlichkeit folgende Resolution: »Eine Remilitarisierung wird von der Versammlung einstimmig abgelehnt. Durch Zeitungsmeldungen wurde bekannt, daß die

Errichtung einer »ersten Verteidigungslinie am Rhein« seitens des westeuropäischen Sicherheitspaktes geplant ist. Dies erfüllt die Versammelten mit Sorge. Wir Deutschen als entmilitarisiertes Volk brauchen keinen Verteidigungswall. Bei der heutigen Flugwaffentechnik von einer Verteidigungslinie zu reden, ist unserer Meinung nach eine Illusion. Wir Deutschen wollen weder Angriffs- noch Schutzwaffen herstellen. Wir sind entmilitarisiert und wollen entmilitarisiert bleiben.«<sup>14</sup>

Gemeinsam mit anderen Kölner Friedensorganisationen organisierte man am 8. Januar 1950 im Agnessaal eine Friedenskundgebung, auf der die Ehrenvorsitzende der DFG, die bekannte Pädagogin und Sozialistin Anna Siemsen<sup>15</sup>, vor 250 Teilnehmern über das Thema »Nie wieder deutsche Wehrmacht« sprach. Die Versammlung lehnte die Wiederaufrüstung in einer Resolution ab und forderte die Bildung eines Friedensministeriums.<sup>16</sup> Anlässlich des DFG-Bundestages in Köln fand am 15. September des gleichen Jahres in der Bürgergesellschaft eine öffentliche Kundgebung unter dem Motto »Völker Europas rettet den Frieden« statt, auf der u. a. das DGB-Bundesvorstandsmitglied Ludwig Rosenberg und der Arnberger Regierungsdirektor für das Schul- und Erziehungswesen Ernst Müller sprachen.

Inzwischen waren in Köln auch andere Friedensorganisationen entstanden<sup>17</sup>, von denen vor allem die Gruppe des Internationalen Versöhnungsbundes kontinuierliche Aktivitäten entfaltete. Der Versöhnungsbund, der sich bald nach Kriegsende unter der Leitung von Cato Fritze wieder konstituiert hatte<sup>18</sup>, konzentrierte seine Tätigkeit in den ersten Nachkriegsjahren auf die Beteiligung am Notdienst der Quäker (Kleiderverteilung, Milchspeisung etc.)<sup>19</sup>, die in den meisten Fällen zugleich dem Versöhnungsbund angehörten.<sup>20</sup> Die Zusammenkünfte der kleinen Gruppe, die etwa 10 Mitglieder stark war – später stieg die Mitgliederzahl auf 25 – fanden zunächst im Quäkerhaus und im Hause der Arbeiterwohlfahrt statt; es handelte sich anfangs um interne Versammlungen, um zunächst einmal eine innere Konsolidierung zu erreichen. Seit Beginn der 50er Jahre ging man in unregelmäßigen Abständen an die Öffentlichkeit; die Veranstaltungen fanden meist in der »Brücke« statt und zogen durchschnittlich 50 Besucher an. Referiert wurde u. a. über Themen wie »Im Schatten der Atombombe« (1952), »Europa – zerrissen oder versöhnt« (1952), »Christliche Gewaltlosigkeit – ein Weg für unsere Zeit« (1953) oder »Die deutsche Aufgabe in der heutigen Weltlage« (1951). Nur selten gelang es der Gruppe, die zum größten Teil ein

Innenleben führte und auf Straßenaktionen ganz verzichtete, größere Veranstaltungen durchzuführen.

Mit anderen Friedensorganisationen arbeitete der Versöhnungsbund nur bei besonderen Anlässen zusammen; das stark ausgeprägte christliche Selbstverständnis erwies sich für eine aktive Bündnispolitik eher als hinderlich.

Auch für die DFG gilt in den frühen 50er Jahren, daß sie weitgehend auf sich gestellt arbeitete. Zwar organisierte sie am 6. August 1951 gemeinsam mit dem Deutschen Frauenring, der Arbeitsgemeinschaft für Friedensarbeit, dem Versöhnungsbund, der Quäkergruppe und dem Internationalen Zivildienst anläßlich der 6. Wiederkehr des Atombombenabwurfs auf Hiroshima im Sitzungssaal des Kölner Rathauses eine öffentliche Kundgebung, doch besaßen derartige Bündnisse Seltenheitswert, zumal es sich bei vielen Friedensorganisationen nur um kurzlebige Gruppen handelte. Da in der DFG hauptsächlich ältere Menschen organisiert waren<sup>21</sup>, die für Straßenaktionen nur schwer zu mobilisieren waren, konzentrierte die Organisation ihren Kampf gegen die Wiederbewaffnung auf die Beeinflussung der Bevölkerung und der Parteien mittels Versammlungen und Resolutionen.

Der aktive Kampf auf der Straße wurde in Köln zu Beginn der 50er Jahre vor allem von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) geführt, die im Rahmen der im Frühjahr 1951 gestarteten Volksbefragung gegen Remilitarisierung<sup>22</sup> einen »Ausschuß für Volksbefragung gegen Remilitarisierung« initiierten und in Köln und Umgebung eine Befragungsaktion durchführten.<sup>23</sup> Dem Ausschuß, dessen Zusammensetzung im einzelnen nicht rekonstruiert werden konnte, gehörten eine Reihe unabhängiger Persönlichkeiten an; aktiv waren jedoch vor allem die Mitglieder der KPD und der FDJ, die von einzelnen Jungsozialisten und Naturfreunden unterstützt wurden. Obgleich die Volksbefragung von der Bundesregierung bereits am 24. April 1951 verboten wurde, nahm die Befragungsaktion ihren Fortgang: Die Helfer standen vor Betrieben wie Ford, Klöckner-Humboldt-Deutz, der Chemischen Fabrik Kalk, dem Carlswerk (F&G-Konzern), führten Straßenbefragungen auf der Schildergasse durch und befragten in Haus-zu-Haus-Aktionen ganze Stadtteile wie Nippes, Ehrenfeld, Sülz, Mülheim oder Kalk, die hauptsächlich von Arbeitern bewohnt wurden.<sup>24</sup> Zu Behinderungen durch die Polizei kam es trotz des Verbots nur in einzelnen Fällen; Verhaftungen wurden in Köln kaum vorgenommen.<sup>25</sup> Insgesamt war die

Aktion ein Erfolg und zeigte deutlich, wie groß der Widerstand der Bevölkerung gegen Adenauers Remilitarisierungspläne war: Trotz heftigster Verleumdung durch Regierung und Massenmedien konnten in Köln-Land etwa 5 000 Unterschriften gesammelt werden<sup>26</sup>, ein Vielfaches dieser Zahl in Köln.<sup>27</sup>

Die DFG hatte eine Beteiligung an der Volksbefragung abgelehnt, da sie den Hauptausschuß als ein »von der Ostzone gesteuertes« Instrument betrachtete, dem es weniger um die »Schaffung und Verwirklichung des Weltfriedens« gehe als vielmehr darum, im Sinne seiner Auftraggeber »Ziele der sowjetischen Außenpolitik zu verwirklichen«. Die Remilitarisierung lehnte die Friedensgesellschaft weiterhin scharf ab; sie protestierte gegen die von Politikern wiederholt vorgetragenen Angebote eines westdeutschen Wehrbeitrages und verlangte, vor einer Entscheidung das Volk zu befragen.<sup>28</sup> Wie sehr sich die Organisation damit in Übereinstimmung mit einer Mehrheit der Bevölkerung befand, belegen verschiedene Meinungsumfragen<sup>29</sup>; in Köln spiegelte sich die Stimmung gegen die Wiederaufrüstung auch in dem Karnevalsschlager »Met uns mäht keiner d'r Molli mieh« (eine charakteristische Stelle lautete: »Ov 'ne Schnäuzer oder Baart, ov 'ne Brill' oder 'ne Plaat, met uns han se lang genog de Aap gemaht«), den Jupp Schlösser 1951 sang.<sup>30</sup> In einem Flugblatt gegen den Generalvertrag rief die DFG zum Kampf gegen die Wiederbewaffnung auf: »In einer Wiederaufrüstung Westdeutschlands sehen wir nicht die *die Sicherung des Friedens*, sondern die Tatsache einer weiteren Entfremdung zwischen Ost und West. Wie vorauszusehen, hat die Unterzeichnung des Generalvertrags in der Ostzone Gegenmaßnahmen ausgelöst, wodurch die *Kriegsgefahr* sich erhöht. Der Verzicht auf Wiederaufrüstung muß der erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung sein. Darum fordern wir: *Verhandlungen, Wiedervereinigung Deutschlands, Friedensvertrag mit allen Mächten!* Es ist spät, aber nicht zu spät! Jetzt heißt es handeln! Es liegt an Ihnen, es ist höchste Zeit!«<sup>31</sup>

Mit einer Vielzahl von Versammlungen versuchte die DFG, ihrer Parole »Keine Aufrüstung – Verhandeln – Verständigen!«<sup>32</sup> Geltung zu verschaffen: Erwähnt werden sollen hier nur die Vorträge von Diether Posser (Gesamtdeutsche Volkspartei)<sup>33</sup> »Gibt es noch Möglichkeiten für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands?« (1954) und von Dr. Fritz Wenzel (SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident der DFG) zum Thema »Der Politiker im Atomzeitalter« (1955). Trotz dieser regen Aktivität kam Max Heinig, auf dessen

Schultern die organisatorische Arbeit fast ganz allein ruhte, Ende 1955 zu der realistischen Einschätzung, die DFG sei nicht kämpferisch genug; besonders enttäuscht zeigte er sich über die Haltung seiner Parteigenossen, die sich für derartige Versammlungen nicht mobilisieren ließen, ganz abgesehen davon, daß in den »Kreisen der Jungsozialisten und Wehrdienstverweigerer« gegen die DFG gearbeitet werde.<sup>34</sup>

Mit den Wehrdienstverweigerern meinte Heinig die »Gruppe Kölner Wehrdienstverweigerer« (GKW)<sup>35</sup>, die am 25. September 1953 von dem Studenten Albert Graff, dem Drahtflechter Karl Jonas, dem Elektromonteur Horst Keller, dem Vertreter Anton Kolzen, dem Schlosser Heinz Wientgen, dem Journalisten Hans-Hermann Köper und dem Gewerkschaftssekretär Hans-Jürgen Wischnewski gegründet worden war.<sup>36</sup> Ziel der Gründungsmitglieder, die der SPD bzw. den Jungsozialisten angehörten, war die Verhinderung der Wehrpflicht durch ein massenhaftes Bekenntnis zur Wehrdienstverweigerung. Der Ansatz der GKW war rein pragmatisch; gegenüber dem mehr weltanschaulich geprägten Pazifismus der anderen bedeutenden Kriegsdienstverweigererorganisation »Internationale der Kriegsdienstgegner« (IdK)<sup>38</sup> grenzte sie sich ab, wie bereits in der Bezeichnung »Wehrdienstverweigerung« statt »Kriegsdienstverweigerung« zum Ausdruck kommt. Im Dezember 1953 veranstaltete die Gruppe eine erste kleine Demonstration mit Pappschildern; aus den verteilten Flugblättern werden die Ziele der GKW deutlich: 1. Erhaltung des verfassungsmäßig garantierten Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, 2. Vertretung der Interessen der Wehrdienstverweigerer bei einer – vielleicht – zu erwartenden allgemeinen Wehrpflicht. 3. Aufklärung der Bürger über das Recht auf Wehrdienstverweigerung.<sup>39</sup>

Die Startbedingungen für die GKW waren nicht schlecht, sahen doch damals weite Kreise der Jugend in der Kriegsdienstverweigerung das adäquate Mittel, ihrem Protest gegen die Remilitarisierung Ausdruck zu verleihen.<sup>40</sup> In Köln hatte sich z. B. das »Studentische Forum« an der Universität im Februar 1952 mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, jedem Deutschen bedingungslos das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zuzugestehen.<sup>41</sup> Dennoch schien es zunächst trotz guter Vorsätze – einer der bestehenden Verweigererorganisationen wollte man sich nicht anschließen, da das »eben ›Vereine« mit viel Geschwätz und Diskussion und wenig Taten« seien<sup>42</sup> – so, als sei auch die GKW eine der damals vielerorts entstehenden kurzlebigen Gruppen. Aktivitäten wurden erst sicht-

bar, als im Frühjahr 1954 Köper Wischnewski als Vorsitzenden ablöste. Trotz großer Finanzschwierigkeiten erschien ein hektographiertes Informationsblatt mit dem Titel »Informationen«<sup>43</sup>, die Mitgliederzahl stieg auf 100.<sup>44</sup> Der Durchbruch gelang der Gruppe jedoch erst im Herbst 1954, als sie am 2. Oktober einen Autokorso veranstaltete. Drei Stunden lang rollte die Wagenkolonne durch die Stadt; die Kradfahrer trugen Papierhelme, während die Autos Transparente und Schilder mit Aufschriften wie »Weder Volkspolizist noch Bundesarmist« oder »Nicht für Dollar, nicht für Rubel, fort mit dem Kasernentrubel« und Hinweise auf den Art. 4.3 des Grundgesetzes mit sich führten.<sup>45</sup> Mit dieser Aktion hatte die GWK die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit gewonnen; etwa 60 deutsche und eine Reihe ausländischer Zeitungen sowie eine englische Wochenschau berichteten über das Ereignis.<sup>46</sup> Die Gruppe dehnte ihre Tätigkeit in den folgenden Monaten auf das Bundesgebiet aus und änderte ihren Namen folgerichtig in »Gruppe der Wehrdienstgegner« (GdW) um. Auch in Köln schloßen die Aktivitäten nicht ein; im November 1954 trat die Gruppe aktiv bei einem »Kölner Mittwochsgespräch« mit dem Thema »Wollen die Zwanzigjährigen Soldat werden?« in Erscheinung.<sup>47</sup> Vor 1500 Diskussionsteilnehmern unternahmen Wolf Graf von Baudissin und Hans Guhr von der Dienststelle Blank<sup>48</sup> den Versuch, die Aufstellung einer westdeutschen Armee zu rechtfertigen, stießen aber auf den entschiedenen Widerstand der überwiegend jugendlichen Diskutanten, zumal die GdW-Mitglieder das Gespräch bald auf das Thema Kriegsdienstverweigerung lenkten.<sup>49</sup> Der eindeutige Verlauf des Gesprächs löste in Bonn einen Schock aus, hatte doch niemand einen derart starken Widerstand erwartet; in der Bundesrepublik und im Ausland wurde die Veranstaltung als Manifestation der Jugend gegen die Remilitarisierungspläne der Regierung verstanden. Die GdW erreichte durch eine intensive Propagandatätigkeit und neuartige Werbemethoden eine bessere Öffentlichkeitswirksamkeit als die bestehenden Friedensorganisationen: so produzierte man Spuckzettel mit Karikaturen Kurt Halbritters und locker aufgemachten, plakativen Slogans (Kopf ab zum Gebet!, Der Weg ins Massengrab führt durchs Kasernentor!, Der Feigling rückt zum Barras ein, der Mutige sagt: Nein!) und veranstaltete zum Kapitulationstag 1955 in einer zerstörten Kölner Kirche eine Feierstunde.

Die GdW vermochte auf diese Weise vor allem junge Menschen zu organisieren, zumal die DFG wegen des untergeordneten Stellen-

werts der Kriegsdienstverweigerung in ihrer Programmatik und Praxis für Jüngere relativ unattraktiv war.

Zu einer Zusammenarbeit zwischen GdW und DFG kam es nicht, sah die GdW doch in der DFG – nicht ganz zu Unrecht – eine überalterte Organisation, die weitgehend auf eingefahrenen Gleisen fuhr; außerdem war die GdW strikt antikommunistisch eingestellt<sup>50</sup> und argwöhnte, daß es in der Friedensgesellschaft Kräfte gebe, die im kalten Krieg einseitig der östlichen Seite zuneigten.<sup>51</sup> Gute Kontakte hatte die GdW dagegen zur Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, zur Naturfreundejugend und den Jungsozialisten, die sich zum »Arbeiterjugend-Kartell-Köln« zusammengeschlossen hatten.<sup>52</sup> Am Vorabend der Pariser Verträge veranstalteten diese Organisationen gemeinsam mit der SPD eine Protestkundgebung im Williamsbau, der sich eine Fackeldemonstration zum Neumarkt anschloß.<sup>53</sup> Die Kölner Jungsozialisten verabschiedeten auf ihrer Jahreshauptversammlung am 26. Februar 1954 das »Manifest der Kölner Jungsozialisten zur Parteidiskussion«, das u. a. von Graff, Wischnewski, Köper und Keller (alle GdW) verfaßt worden war. Im Manifest hieß es unter dem Punkt »Gegenwartsfragen«: Die Kölner Jungsozialisten sind der Auffassung, daß nicht nur die EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft, d. Verf.) sondern die Wiederbewaffnung überhaupt abzulehnen ist. Da diese unter den heutigen politischen Kräfteverhältnissen nur die politische und staatliche Machtfülle des Besitzbürgertums stärken und alle aus der Rüstung anfallenden Lasten den arbeitenden Massen aufbürdet. Da die SPD jeden Gedanken der Wiedereroberung kategorisch zurückweisen muß, bleibt nur das Problem der militärischen Sicherheit als Begründung für eine Aufrüstung. Keine noch so große Zahl von Divisionen würde eine wirkliche Sicherheit und einen Schutz vor kriegerischen Verwicklungen bieten. Das Problem der Sicherheit Deutschlands muß durch eine sozialistische Außenpolitik gelöst werden, welche auf dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Gefahrenherde beseitigt. Unter den heutigen politischen Machtverhältnissen wird eine Wiederaufrüstung nur alle Elemente des Militarismus und Nationalismus stärken und das innere politische Kräfteverhältnis weiter zum Nachteil der Arbeiterbewegung verschlechtern.«<sup>54</sup>

Auch die Kölner Falken unter Heinz Beinert bekämpften im Gegensatz zur Haltung des Gesamtverbandes die Remilitarisierungspläne aktiv;<sup>55</sup> bei den Maidemonstrationen des DGB verteilten Mitglieder der sozialdemokratischen Jugendorganisationen Flugblät-

ter gegen einen westdeutschen Wehrbeitrag. Mit der DFG kam es nur zu einer sporadischen Zusammenarbeit, so z. B. im Juni 1956, als Arbeiterjugend-Kartell und DFG im großen Saal des DGB-Hauses eine Protestkundgebung gegen die Wiederaufrüstung veranstalteten, der ein Fahrradkorso durch die Innenstadt vorausging.<sup>56</sup> Die Zurückhaltung der sozialdemokratischen bzw. der SPD nahestehenden Organisationen gegenüber einer Zusammenarbeit mit den Friedensverbänden – außer der GdW<sup>57</sup> – muß im Kontext der damaligen politischen Situation gesehen werden, die innenpolitisch als Ausfluß des kalten Krieges durch einen starren Antikommunismus gekennzeichnet war. Da die SPD den aktiven Antikommunismus der Bundesregierung voll mittrug und die sozialdemokratischen Jugendorganisationen den Vorstellungen der Partei damals weitgehend folgten, die Friedensorganisationen – außer der GdW – dagegen sich gegen einen zur Staatsdoktrin erhobenen Antikommunismus wandten und eine neutrale Haltung im kalten Krieg forderten, war eine Zusammenarbeit mit großen Hindernissen belastet. Die Falken etwa lehnten im März 1955 eine Beteiligung an einem von der DFG organisierten Vortrag des katholischen Publizisten Georg Heidingsfelder<sup>58</sup> über das Thema »Kriegerische Christen im Rüstungsfieber« ab, da Heidingsfelder »mehrmals als Mitarbeiter an sogenannten kommunistischen Tarnzeitungen hervorgetreten« sei.<sup>59</sup>

Die DFG bekräftigte unmittelbar vor Verabschiedung der Wehrgesetze im Bundestag noch einmal ihre Ablehnung aller Remilitarisierungspläne in einer Erklärung, in der die Aufrüstungspläne der Bundesregierung »im Zeitalter des Atoms und der Abrüstung als unlogisch und vernunftwidrig« bezeichnet wurden. Die Politik der Aufrüstung werde nicht zur Wiedervereinigung führen, sondern nur neues Unheil heraufbeschwören und weiteres Mißtrauen in der Welt hervorrufen. Weiter hieß es in der Erklärung: »Wir verlangen Verständigung mit allen Menschen, auch mit der Deutschen Demokratischen Republik. Streitfragen können nur durch Gespräche und Verhandlungen beigelegt werden. Die so beliebte Politik der »Stärke« hat schon zweimal das Deutsche Volk ins Verderben gestürzt und unermessliches Leid über alle Menschen gebracht. Wir rufen unsere Gesinnungsfreunde auf, sich weiter der Aufrüstung zu widersetzen und in Ausschüssen der Bevölkerung mitzuarbeiten, die sich gegen die Garnisonierung der Städte, gegen den »Luftschutz«, die Landbeschlagnahme und vor allem gegen den Wehrdienst richten.«<sup>60</sup>

Nach der Verabschiedung der Wehrgesetze forderte die Friedens-

gesellschaft den Oberbürgermeister, den Oberstadtdirektor und die Rathausfraktionen in einer Eingabe vom November 1956 auf, »auf der kommunalen Ebene, soweit es ihren Möglichkeiten entspricht, den Auswirkungen der Aufrüstungspolitik entgegenzuwirken«. Die städtischen Körperschaften wurden ersucht,

»– auf jede Truppenstationierung in Köln und Umgebung zu verzichten und ihr in keiner Weise entgegenzukommen,

– dem Auf- und Ausbau militärischer und sogenannter Luftschutzanlagen Widerstand entgegenzusetzen,

– dem Aufbau oder der Einrichtung militärischer oder militärpolitischer Institute jede Förderung zu versagen,

– keine Aus- oder Einbauten zu gestatten, die der Vorbereitung oder Ausführung von Sprengungen oder Vernichtungen im Zuge einer militärischen Auseinandersetzung dienen,

– keine Wehrpropaganda in Schulen oder anderen Erziehungsanstalten zu gestatten,

– die den Wehrdienst ablehnenden Bürger vor Diffamierung und Benachteiligung zu schützen und in einer ständigen Beratungsstelle einen *rechtskundigen* Beamten *mit der Beratung der Wehrdienstverweigerer* zu beauftragen.»<sup>61</sup>

Politische Wirksamkeit konnte diese Eingabe allerdings ebensowenig wie die bisherigen Proteste erreichen.

### *Der Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr*

In den Vordergrund der friedenspolitischen Aktivitäten rückten ab 1957 der Kampf für die Einstellung der Atombombenversuche<sup>62</sup> sowie gegen die Pläne von NATO und Bundesregierung, die Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen auszurüsten.<sup>63</sup> Bereits im Juni 1957 führte die Friedensgesellschaft eine Veranstaltung mit dem Mainzer Physiker und späteren SPD-Bundestagsabgeordneten Prof. Karl Bechert durch, der im dichtbesetzten Saal des Belgischen Hauses über »Die Gefahren der Radioaktivität« sprach. Bechert forderte die Einstellung der Atomwaffenversuche und plädierte für Vorsicht auch bei einer zivilen Verwendung der Atomenergie.<sup>64</sup> Jungsozialisten, Falken und Naturfreundejugend trugen die Veranstaltung mit<sup>65</sup>; sogar der SPD-Kreisverband, der ansonsten in der DFG keinen Ansprechpartner sah<sup>66</sup>, zeigte Interesse und versuchte vergeblich, Heinig für eine gemeinsame Veranstaltung im Gürzenich mit einem prominenten sozialdemokratischen Politiker als zweitem Redner zu

Deutsche Friedensgesellschaft  
Bund der Kriegsgegner gegr.1892  
Bezirk Mittelrhein  
Geschäftsstelle:Köln-Rath,Rösrather Str.700  
Postscheckkonto Köln 75582

Stadtverband Köln, im November 1956

An die Herren  
Oberbürgermeister  
Oberstadtdirektor und die  
Rathausfraktionen der  
Stadt K ö l n

Betr.: Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft, Bund der Kriegsgegner,gegr.1892  
Stadtverband Köln

Nachdem das Bonner Bundesparlament die Aufstellung einer Wehrmacht und damit die Aufrüstung für die Bundesrepublik beschlossen hat, bittet die Deutsche Friedensgesellschaft, Bund der Kriegsgegner,gegr.1892 Stadtverband Köln, die Stadtvertretung und Stadtverwaltung, in ihrem Bereich, auf der kommunalen Ebene, soweit es ihren Möglichkeiten entspricht, den Auswirkungen der Aufrüstungspolitik entgegen zu wirken.

Wir sind uns bewusst, dass die Stadtvertretung und Stadtverwaltung aus ihrer Position heraus nicht die Entscheidungen des Bonner Parlaments revidieren kann, jedoch können sie, in Übereinstimmung mit dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Kölner Bürger, ihren Einfluss geltend machen.

Wir ersuchen daher die städtischen Körperschaften,

- 1. "auf jede Truppenstationierung in Köln und Umgebung zu verzichten und ihr in keiner Weise entgegenzukommen,
- 2. dem Auf- und Ausbau militärischer und sogenannter Luftschutzanlagen Widerstand entgegenzusetzen,
- 3. dem Aufbau oder der Einrichtung militärischer oder militärpolitischer Institute jede Förderung zu versagen,
- 4. keine Aus- oder Einbauten zu gestatten, die der Vorbereitung oder Ausführung von Sprengungen oder Vernichtungen im Zuge einer militärischen Auseinandersetzung dienen,
- 5. keine Wehrpropaganda in Schulen oder anderen Erziehungsanstalten zu gestatten . . . ,
- 6. . . . die den Wehrdienst ablehnenden Bürger vor Diffamierung und Benachteiligungen zu schützen und in einer ständigen Beratungsstelle einen rechtskundigen Beamten mit der Beratung der Wehrdienstverweigerer zu beauftragen".

Wir bitten die vorstehenden, von uns angeführten, Punkte, die nur im Interesse der Allgemeinheit der Bürgerschaft liegen, nach Kräften zu unterstützen. Im Zeitalter der Atom und Wasserstoffbomben ist jede Mitwirkung oder Propaganda für eine Aufrüstung eine Mitschuld, bei einem späten eintretenden Unheil. Auch ist es unbedingte Pflicht, jedes verantwortungsbewussten Kommunalpolitikers, die jungen Mitbürger über ihre Rechte auf Wehr und Kriegsdienstverweigerung aufzuklären und zu beraten.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Deutsche Friedensgesellschaft  
Bund der Kriegsgegner ge r.1892

I.A. Max Heinig

Abb. 40: Protestschreiben der Kölner DFG gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik vom November 1956

gewinnen, da die Partei diese Gelegenheit ergreifen wollte, »um den Wahlkampf in Köln unmittelbar zu eröffnen«. <sup>67</sup> Anlässlich der Bundestagswahl 1957 rief die DFG »alle Freunde des Friedens« auf, keinem Kandidaten ihre Stimme zu geben, der für die Beibehaltung der Wehrpflicht, die Fortsetzung der Atombombenversuche und die Anschaffung, Lagerung und Ausrüstung von Atomwaffen eintrete. <sup>68</sup>

In einem Aufruf vom Frühjahr 1957 forderten 20 Kölner Studenten ihre Kommilitonen an den anderen deutschen Universitäten auf, »sich in gleicher Weise am Widerstand gegen die gewissenlose Atomaufrüstung zu beteiligen . . .«. <sup>69</sup> Am 15. April des gleichen Jahres wurden dann in Köln ein Landesausschuß Nordrhein-Westfalen sowie ein örtlicher Ausschuß »Kampf dem Atomtod« (KdA) gegründet, nachdem sich Anfang 1958 der zu wesentlichen Teilen von der SPD getragene Ausschuß »Kampf dem Atomtod« konstituiert hatte. <sup>70</sup> Im vollbesetzten Saal des Gürzenich riefen der Schriftsteller Stefan Andres, Oberkirchenrat Kloppenburg und Prof. Gerhard Weisser von der Universität Köln zum Kampf gegen die atomare Aufrüstung auf; als Mitglieder des Ortsausschusses Köln stellten sich Frau Pfarrer Fritze, Dr. Feller (FDP), Helmuth Lehmann (Vorsitzender des Ortsausschusses Köln im DGB), Frau Brügelmann, van Nes-Ziegler (Vorsitzender der SPD-Stadtverordnetenfraktion), Dr. Jacobs (Vorsitzender der FDP-Stadtverordnetenfraktion), Willi Monschau (2. Vorsitzender des DGB in Köln) und Hans-Jürgen Wischnewski (SPD-Bundestagsabgeordneter) vor. <sup>71</sup> Ebenfalls im Frühjahr 1958 bildete sich in Köln ein »Aktionsausschuß gegen atomare Aufrüstung Deutschlands«, der der am 30. Mai 1958 in Frankfurt gegründeten »Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung« nahestand. <sup>72</sup>

Aktivitäten nach außen gingen von der Friedensgesellschaft und den neu entstandenen Initiativen freilich kaum aus, wie Heinig im Juni 1958 selbstkritisch anmerkte. <sup>73</sup> Auf die Straße trug den Protest gegen die Atombewaffnung vielmehr das Arbeiterjugend-Kartell, das bei der Maidemonstration des DGB mit eigenen Slogans aufmarschierte, waren doch die Parolen des DGB »erschreckend allgemein« gehalten. <sup>74</sup> Die eindrucksvollste Protestaktion organisierte jedoch im August 1958 der neugegründete »Verband der Kriegsdienstverweigerer« (VK), der im Mai des gleichen Jahres durch eine Fusion der GdW und von Teilen der IdK entstanden war. Die Kriegsdienstverweigerer bauten auf dem Rudolfplatz eine 5 m hohe Atomraketen-Attrappe aus Pappe auf, flankiert von vier Tafeln, auf denen entsprechend der Himmelsrichtung stand: »Wenn an dieser Stelle eine



# ARBEITERJUGEND-KARTELL · KÖLN

## Aufruf zur Maidemonstration

Kampf dem Atomtod !

Die Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken", die Naturfreundejugend Deutschlands und die Jungsozialisten in der SPD, verbündet im Arbeiterjugend-Kartell, Köln, rufen hiermit ihre Mitglieder auf, an der diesjährigen Maidemonstration und -kundgebung der Gewerkschaften vollzählig und geschlossen teilzunehmen.

Am 1. Mai 1958 demonstrieren wir gegen die unheilvolle, von der schwarzen Koalition beschlossenen atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und gegen die Errichtung von Atomabschußbasen auf deutschem Boden. Wir betrachten die diesjährige Maidemonstration als eine wichtige Aktion innerhalb der immer mächtiger anschwellenden Protestbewegung gegen den Atomtod.

Die Bedeutung des Kampfes gegen den Atomtod erfordert, daß die Beteiligung an der diesjährigen Maidemonstration einen weitaus größeren Umfang erreicht als in den vergangenen Jahren und die eindrucksvollen Demonstrationzüge des Arbeiterjugendkartells von 1956 und 1957 in den Schatten stellt ! Die Leitung des Arbeiterjugendkartells ist darauf vorbereitet. In diesem Jahr werden fast doppelt so viele Spruchbänder und Fahnen eingesetzt wie im Vorjahr ! Unser Demonstrationzug wird von einer starken Kapelle begleitet.

Die Organisationen des Arbeiterjugendkartells treffen sich am 1. Mai 1958 wieder

um 8.45 Uhr auf dem Ebertplatz !

Wir appellieren an alle unsere Mitglieder, in den Betrieben und Organisationen für unsere Maidemonstration wirksam zu werben. Fordert eure Freunde und Arbeitskollegen auf, am 1. Mai zum Ebertplatz zu kommen!

Im Interesse der Einmütigkeit und der Wirksamkeit der Maidemonstration der arbeitenden Jugend Kölns, richten wir an alle jungen Gewerkschaftskollegen und an die Jugendgruppen der Gewerkschaften die dringende Bitte, sich am 1. Mai ebenfalls auf dem Ebertplatz zu treffen und gemeinsam mit dem Arbeiterjugendkartell zur DGB-Kundgebung nach dem Neumarkt zu demonstrieren.  
Einigkeit macht stark.

Kampf dem Atomtod !

Nieder mit der Atombombenregierung !

Das Arbeiterjugend-Kartell · Köln

Abb. 41: Aufruf des Kölner Arbeiterjugend-Kartells zum 1. Mai 1958

Atombombe einschlägt, lebt in Junkersdorf (bzw. Riehl, Kalk, Zollstock) kein Mensch mehr«. Die Atommahnwache dauerte insgesamt 216 Stunden vom 9. bis 14. August; neben den Bundestagsabgeordneten Iven, Wienand und Wischnewski (SPD) beteiligten sich u. a. Oberbürgermeister Theo Burauen, der SPD-Stadtverordnete Grün, die Schriftstellerin Irmgard Keun und die Kabarettistin Trude Herr.<sup>75</sup> Am Eröffnungstag war auch Kirchenpräsident Martin Niemöller anwesend, der zuvor mit dem Präsidenten der DFG, Prof. Johannes Harder, auf einer eindrucksvollen Hiroshima-Mahn- und Gedenkstunde im Rathaussaal gesprochen hatte, die von der DFG und dem Versöhnungsbund veranstaltet worden war und an der auch zahlreiche Mitglieder der FDP- und SPD-Rathausfraktionen teilgenommen hatten.<sup>76</sup> Die parallel zur Mahnwache durchgeführte Unterschriftensammlung verlief sehr erfolgreich; mehr als 15000 Kölner unterzeichneten eine Petition an den Bundestag, die folgenden Wortlaut hatte: »An den Deutschen Bundestag richte ich folgende Petition: Der Deutsche Bundestag möge alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit 1. die Bundeswehr nicht mit atomaren Waffen ausgerüstet wird, 2. keine atomaren Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik hergestellt oder gelagert werden.«

Die Proteste gegen die Atombewaffnung flauten in den folgenden Jahren ab, zumal sich die SPD-Führung nach dem Verbot der angestrebten Volksbefragung durch das Bundesverfassungsgericht erfolgreich bemühte, die Kampagne »Kampf dem Atomtod« allmählich auslaufen zu lassen.<sup>77</sup> Die DFG richtete im Januar 1959 nochmals einen Appell an die Stadt, »gegen die schrecklichen Atomwaffen Stellung zu nehmen«. Außerdem forderte sie Stadtvertretung und Stadtverwaltung auf, Aufklärung über die Gefahren zu schaffen, die den Einwohnern der Stadt bei einem Einsatz dieser »völkerrechtswidrigen, unchristlichen Mordwaffen« drohten, und wies dabei auf das Beispiel der Städte Frankfurt, Gießen und Offenbach hin, die ihren Bürgern kostenlos eine Broschüre über die Auswirkungen des Atombombenabwurfs auf Hiroshima zugestellt hatten.<sup>78</sup> Die Friedensgesellschaft richtete ihr Hauptaugenmerk jetzt wieder auf die Durchführung von Vortragsabenden; Höhepunkt war im Mai 1959 ein Vortrag Pastor Niemöllers, der vor 800 Zuhörern im Glas-Palast über das Thema »Du sollst nicht töten« sprach.<sup>79</sup> Mutig stellte sich die Organisation dem Algerienproblem zu einer Zeit, als die algerischen Freiheitskämpfer noch als Terroristen diffamiert wurden: Im März 1959 referierte zunächst der SPD-Abgeordnete Wischnewski über seine Erfahrungen nach einem Besuch in Alge-

# Lebhafter Protest gegen die atomare Bewaffnung

Ein Schriftsteller, ein Geistlicher und ein Professor sprachen im Gürzenich

Von unserem Redaktionsmitglied Günter Doebal

Im vollbesetzten Saal des Gürzenichs fielen am Dienstagabend scharfe Worte des Protestes. Die von den Rednern zum Teil sehr temperamentvoll vorgebrachten Gesichtspunkte zum Thema „Kampf dem Atomtod“ fanden immer wieder stürmischen Beifall. Veranstalter war ein vorbereitender Ausschuss für Nordrhein-Westfalen, der sich den Kampf gegen den Atomtod zur Aufgabe gemacht hat. Professor Dr. Gerhard Weisser, Köln (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät), leitete die Veranstaltung. Professor Bachem spielte auf der Orgel Bach und Händel.

Der Schriftsteller Stefan Andres wandte sich gegen den „Ungeist des Nationalismus, der im Grunde Nihilismus ist“. Man habe aus dem letzten Krieg kaum etwas gelernt, und nun sei in einer satanischen Verkettung der Umstände die Aufrüstung mit Waffen beschlossen worden, die ein Mittel zur Vernichtung allen Lebens seien.

Der Protest — so sagte der Redner — richte sich gegen einen einzigen Punkt: gegen die Errichtung von Raketenbasen in Westdeutschland. Es wird uns vorgeworfen, wir „Atomhysteriker“ machten aus der Mücke der Verteidigung einen Elefanten des Atomtodes. Was dies angeht, meinte der Redner, sollten wir uns lieber auf



Schriftsteller Stefan Andres: „Das wäre es wieder, die Nibelungenraute!“

die Fachleute verlassen, die solche Waffen erfunden haben und auf die Gebrauchsanweisungen, wie sie den Handlungsreisenden in Atom-Waren mitgegeben werden.

#### Einmütigkeit der Diktaturen

Stefan Andres geißelte das politische Phlegma der breiten deutschen Masse, deren höchste Maxime noch immer heiße: Der Führer wird es schon machen. Der Durchschnitts-Bundesbürger lege allein seinen Wohlstand als Maßstab an für die Maßnahmen der Regierung. „Liegt etwa unsere junge Demokratie schon wieder im Sterben“, rief der Redner aus. „Weniger die Raketenbasen als solche, als vielmehr die Art, wie sie beschlossen

wurden, bestärkt mich in meinem düsteren Verdacht. Die allein ihrem Gewissen verantwortlichen Politiker bewiesen eine Einmütigkeit, wie wir sie nur aus den Diktaturen kennen.“

Die Häuser seien wiederhergestellt, aber nicht die Moral unseres Volkes, sagte Stefan Andres weiter. Gelte uns nicht die Wiedergeburt aus dem Geiste Christi, dann müsse man allerdings das Allerschlimmste befürchten: „daß wir eines Tages die neuesten Waffen besitzen, aber nichts mehr, was sich mit ihnen noch zu verteidigen lohnt.“

#### Was den Menschen erlaubt ist

Oberkirchenrat H. F. Kloppenburg erklärte, es müsse zu der Atombewaffnung ein Wort von der christlichen Kirche her gesagt werden. Man habe das Empfinden, daß die sogenannten Heiden ein stärkeres Empfinden für das hätten, was dem Menschen erlaubt sei, als die Christen, oder wenigstens viele von ihnen. Pandit Nehru in Indien, das japanische Volk und der Christenmensch Albert Schweitzer gehörten vielleicht mehr zusammen, als der Christ Albert Schweitzer und die christlichen Regierungen im Abendland.

„Man braucht nicht Christ zu sein, um die Unmöglichkeit der atomaren Bewaffnung zu erkennen. Muß ich Sie daran erinnern, daß eine einzige Wasserstoffbombe das ganze Ruhrgebiet vernichtet und zwei Millionen Menschen töten kann?“

#### Das Gleichgewicht kann gestört werden

„Man höre immer wieder das Argument, man wolle die Bomben ja gar nicht anwenden, sie seien nur ein Mittel zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts. „Aber dieses Gleichgewicht kann jeden Augenblick gestört werden. Jetzt geht es um die Verteilung der Atombomben an die kleinen Nationen. Wir aber haben zu entscheiden, was in unserem eigenen Land geschehen soll, wir haben nicht darüber zu entscheiden, ob die Amerikaner oder die Russen die Bombe haben sollen.“

Oberkirchenrat Kloppenburg wandte sich gegen die Kapitulation des politischen Denkens vor der Zwangsläufigkeit der technischen Entwicklung. Dies würde bedeuten, daß wir die Denkungsweise annehmen, die wir dem materialistischen Osten vorgeworfen hätten. Der Redner zitierte Hegemann,

Robert Jungk, Heinrich Vogel, Pflanz Wilm und Martin Luther und zog das Fazit: „Es gibt keinen Zweck, durch den die Massenvernichtungsmittel gerechtfertigt werden könnten.“ Nach Vogels Worten müde es an wie eine Gotteslästerung, bei der wir so täten, als ob wir die Welt erschaffen hätten und sie nun auch zerstören könnten.

#### Ohne sittliche Grundlage

Professor Dr. Weisser äußerte sich zu der Frage, ob der Atomkrieg Strategie sei. Er verneinte sie. Der Atomkrieg sei vielmehr ein Abenteuer mit unberechenbaren Risiken, er sei das Ende aller Strategie, er sei sinnlos. Eine Politik ohne sittliche Grundlage



Oberkirchenrat Kloppenburg: „Man braucht nicht Christ zu sein, um die Unmöglichkeit der atomaren Aufrüstung zu erkennen.“ Fotos: H. Koot

sei auch verwerflich. Auch als Verteidigungskrieg sei der Atomkrieg sinnlos. Schließlich sei auch der Neutrale im Falle eines Atomkrieges irgendwo auf der Erde in Gefahr. Es gebe aber keine gerechtfertigte Situation, in der man einen Unbeteiligten morden dürfe. Professor Weisser wandte sich auch dagegen, daß Minderheiten nicht ernst genommen würden, den so werde die Demokratie gefährdet.

Zum Schluß der Kundgebung verlas Bundestagsabgeordneter Wischniewski (SPD) eine Liste derjenigen, die sich in Köln in Zukunft der Aktion „Kampf dem Atomtod“ zur Verfügung stellen werden: Fran Pflanz, Fritz, Dr. Peller (FDP), Helmut Lehmann (Vorsitzender des Ortsausschusses Köln im DGB), Fran Brüggebaum, van Nes-Ziegler (Vorsitzendes der SPD-Fraktion in Köln), Dr. Jacobs (Vorsitzender der Stadtverordneten-Fraktion der FDP), Willi Monschau (Vorsitzender des DGB in Köln) und Bundestagsmitglied Wischniewski (SPD).

Abb. 42: Versammlungsbericht des »Kölner Stadt-Anzeiger« vom 17. 4. 1958

rien, im Oktober dann ein Vertreter der algerischen Befreiungsbewegung; Wischnewski hatte zuvor bezweifelt, ob sein Vortrag für die DFG geeignet sei, »da es sich bei dem algerischen Problem um eine überaus militante Angelegenheit« handele.<sup>80</sup>

Auch der VK blieb nach dem Erfolg der Atommahnwache nicht untätig. Zunächst startete die Gruppe die »Aktion Scheibenwischer«, bei der man bei Oberligaspielen des 1. FC Köln den am Stadion parkenden PKW VK-Handzettel unter die Scheibenwischer steckte. Die größte Anstrengung galt 1959 freilich der Organisierung des Widerstandes des Jahrganges 1922, der erneut erfaßt und gemustert sowie in den folgenden Jahren zu Wehrübungen einberufen werden sollte.<sup>81</sup> Der VK, der die »22er« zur Kriegsdienstverweigerung aufrief, organisierte einige Protestveranstaltungen und führte am 16. Oktober mit betroffenen 22ern und Düsseldorfer Freunden einen eindrucksvollen Wagenkorso durch. Im übrigen war ein ständiger Schwerpunkt der VK-Arbeit die Durchführung regelmäßiger Beratungsstunden für Kriegsdienstverweigerer, die im Gewerkschaftshaus stattfanden.

Für heftige Diskussionen sorgte 1958 die Entscheidung des Bundeswehr-Standortkommandanten in Köln-Wahn, mehreren hundert Mitgliedern der Jungsozialisten, der Falken und des VK, die anlässlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution an den auf Kasernengelände liegenden Grabstätten der 1917 erschossenen Matrosen Reichspietsch und Köbis<sup>82</sup> einen Kranz niederlegen wollten, den Zutritt zu verweigern. Lediglich eine 10köpfige Delegation wurde hereingelassen; bei den Worten eines Sprechers: »Wir neigen uns in Ehrfurcht vor Reichspietsch und Köbis und versprechen, ihren Kampf fortzusetzen«, wandte sich der Hauptmann demonstrativ ab. Diese Haltung, von Verteidigungsminister Strauß später ausdrücklich gebilligt, führte in den Reihen der Jungsozialisten und der Falken in den folgenden Monaten zu einer intensiven Diskussion über Aufgabe und Funktion der Bundeswehr.<sup>83</sup>

#### *Ostermarsch und »Arbeitsgemeinschaft Kölner Friedensverbände« (AKF)*

Zu Beginn der 60er Jahre erfuhren die friedenspolitischen Aktivitäten eine Belebung, als auch in Köln eine Ortsgruppe der IdK gegründet wurde und sich mit dem örtlichen Ostermarschausschuß und der Arbeitsgemeinschaft Kölner Friedensverbände (AKF) konti-

nuierlich arbeitende Initiativen bildeten. Auch die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (WFFB), die bereits in den fünfziger Jahren aktiv gewesen war, trat unter der Leitung von Emma Theurer jetzt stärker an die Öffentlichkeit.<sup>84</sup> Die Gründung der IdK-Gruppe, die sich am 8. Dezember 1960 im Richmodishof vollzog<sup>85</sup>, ging auf die Initiative von Dr. Karl-Ernst Gruhl zurück, der zuvor im Versöhnungsbund und anschließend im VK aktiv gewesen war.<sup>86</sup> Eine Zusammenarbeit zwischen DFG, IdK und VK kam kaum zustande; außer im Rahmen des Ostermarsches lehnte der VK, der stark sozialdemokratisch beeinflusst war und seine antikommunistische Abgrenzung auch weiter betont in den Vordergrund stellte<sup>87</sup>, Bündnisse mit der DFG und der IdK wegen einer unterstellten einseitigen östlichen Orientierung beider Organisationen ab<sup>88</sup>, während Gruhl und Roland Kurtz, der die DFG nach Heinigs Tod 1961 leitete, umgekehrt dem VK gegenüber ein starkes Mißtrauen äußerten, vermutete Kurtz in ihm doch eine »Tarn- und Kontrolleinrichtung der SPD von Wehnerscher Prägung«.<sup>89</sup>

1960 fand der erste Ostermarsch der Atomwaffengegner statt, der von Hamburg, Bremen, Braunschweig und Hannover zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne führte.<sup>90</sup> Nachdem 1961 eine Ausweitung des Marsches auf das Bundesgebiet beschlossen worden war, bildete sich in Köln kurzfristig ein örtlicher Ostermarschausschuß, der von der DFG, der IdK, dem VK, den Jungsozialisten, den Falken und den Naturfreunden getragen wurde und trotz kurzer Vorbereitungszeit etwa 80 Personen für den Regionalmarsch West mobilisieren konnte.<sup>91</sup> Bereits im folgenden Jahr war der erfolgreiche Start der Ostermarschbewegung in Köln jedoch in Frage gestellt, als sich unter der Leitung von Günther Schlatter (VK), der auch 1961 den örtlichen Ausschuß geleitet hatte, ein kontinuierlich arbeitender örtlicher Ausschuß bildete, dem der VK, der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), die Jungsozialisten, die Falken, die Naturfreundejugend und einige Gruppen der IG-Metall angehörten, während DFG und IdK nicht zur Mitarbeit eingeladen worden waren.<sup>92</sup> Schlatter und Herbert Fulfs (Jusos) begründeten ihre Bedenken gegen eine Teilnahme der DFG mit der Tätigkeit von Kurtz im Beirat der Deutschen Friedensunion (DFU), durch die die anderen Organisationen kompromittiert würden<sup>93</sup>; im Hintergrund stand die Distanzierung des DGB und der SPD vom Ostermarsch<sup>94</sup> sowie der Beschluß des Bundesausschusses der Falken, eine Beteiligung am Ostermarsch mit dem Ausschluß zu ahnden.<sup>95</sup>

Nachdem die Bemühungen der beiden Organisationen um Zulas-

sung zum Ausschuß vorerst gescheitert waren, initiierten DFG und IdK einen örtlichen Ausschuß in Bergisch-Gladbach und stellten ihren Mitgliedern frei, an welchem Marsch sie sich beteiligten.<sup>96</sup> Die Auseinandersetzungen wurden im Laufe des Jahres beigelegt, nachdem sich die DFG bereit erklärt hatte, einen Vertreter in den Ausschuß zu entsenden, der nicht der DFU angehörte. Die Aktivitäten des Ostermarsches, der sich 1963 in Kampagne für Abrüstung/Ostermarsch der Atomwaffengegner (KfA) umbenannte, wurden in den folgenden Jahren vielfältiger: neben der Beteiligung am Regionalmarsch West führte man ab 1963 jeweils eine örtliche Demonstration durch, mehrmals in Form eines Autokorsos; außerdem beteiligte sich der Kölner Ausschuß an dem jährlich in Brüssel stattfindenden Antiatommarsch, zu dem die belgischen Jugendverbände aufriefen.

Eine spürbare Belebung der friedenspolitischen Aktivitäten hatte die zu Beginn der 60er Jahre vollzogene Gründung der AKF zur Folge, zu der sich die DFG, die IdK, der Versöhnungsbund, die WFFB, der Deutsche Freidenkerverband (DFV) und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zusammengeschlossen hatten.<sup>97</sup> Bei der AKF handelte es sich um eine lockere Arbeitsgemeinschaft, bei der von Fall zu Fall über eine Zusammenarbeit neu entschieden wurde<sup>98</sup>; der Bund der Deutschen (BdD) und die DFU hatten beratende Stimme, traten aber nach außen hin nicht in Erscheinung.<sup>99</sup> Der VK dagegen lehnte eine Mitarbeit in der AKF ab, da er befürchtete, andernfalls die Unterstützung linker Sozialdemokraten zu verlieren.<sup>100</sup>

Das erste öffentliche Auftreten der AKF gestaltete sich durchaus erfolgreich: mit einer Kundgebung auf dem Neumarkt, auf der Superintendent Sanß sprach, und anschließenden stundenlangen Diskussionen gelang es am Antikriegstag 1962 immerhin, etwa 1000 Bürger anzusprechen.<sup>101</sup> Nur wenige Wochen später machten jedoch die Ereignisse anlässlich des Volkstrauertages, an dem die Opfer des Faschismus und Militarismus mit einem Schweigemarsch von der Agneskirche zum Mahnmahl Hansaring und einer anschließenden Feierstunde geehrt werden sollten, deutlich, wie stark sich die innenpolitischen Folgen des kalten Krieges auch in der Friedensarbeit auswirkten: der Kölner Polizeipräsident verbot die Teilnahme der VVN<sup>102</sup>, nachdem schon zuvor die Naturfreunde, der DGB und der VK eine Beteiligung unter Hinweis auf die WFFB und die VVN abgelehnt hatten.<sup>103</sup> Auch innerhalb der AKF wurden erste Differenzen sichtbar, als sich der Versöhnungsbund ebenfalls verweigerte;

sein Vorsitzender Pfarrer Linz warnte »um der Sache willen« davor, »mit kommunistischen oder als kommunistisch verdächtigten Vereinigungen zusammen vor der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten«. <sup>104</sup> Die Berichterstattung der Presse zum Volkstrauertag zeigte exemplarisch die Schwierigkeiten der Friedensverbände auf, in den Massenmedien adäquates Gehör zu finden: obgleich sich mehr als 300 Bürger am Schweigemarsch und der Feierstunde beteiligten <sup>105</sup>, berichteten die Kölner Zeitungen nur in einem kleinen Absatz, während die Parallelveranstaltungen verschiedener Soldatenverbände, der Bundeswehr und des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands (VdK) breite Erwähnung fanden. <sup>106</sup>

Durch derartige Hindernisse ließ sich die AKF jedoch nicht entmutigen. Die Aktivitäten des arbeitsreichen Jahres 1963 erreichten bereits im April einen ersten Höhepunkt, als Martin Niemöller vor 900 Zuhörern im Sartory-Saal über das Thema »Du sollst nicht töten – Welt ohne Krieg« sprach. <sup>107</sup> Im Juni beteiligte sich die Arbeitsgemeinschaft an einer Demonstration gegen die Notstandsgesetze in Bonn. Weniger Teilnehmer als im Vorjahr fand die Kundgebung zum Antikriegstag auf den Neumarkt <sup>108</sup>, während ein Schweigemarsch am Volkstrauertag mit etwa 300 Bürgern wieder eine gute Beteiligung aufwies. <sup>109</sup> Ein weiterer Höhepunkt war im November eine Podiumsdiskussion in der Flora über die Friedenszyklika Papst Johannes XXIII. *Pacem in terris*. Die etwa 400 Teilnehmer verabschiedeten Schreiben an den Kölner Kardinal Frings, den NRW-Kultusminister Mikat und Bundeskanzler Erhard mit der Bitte, die Friedenszyklika im Unterricht zu berücksichtigen und die Politik der Bundesregierung nach ihren Grundsätzen auszurichten. <sup>110</sup>

Auch im folgenden Jahr zeigte sich die AKF aktiv. Nach einer Diskussionsveranstaltung zum Auschwitzprozeß im Mai beteiligte sich die Arbeitsgemeinschaft an der »Europa-Woche für Verständigung«, die in der Zeit vom 21. bis 28. Juni 1964 von der DFG durchgeführt wurde. Die AKF mobilisierte für die internationale Friedensfahrt von Köln nach Linz und zurück am 28. Juni, an der etwa 2000 Menschen teilnahmen, und organisierte für den Abend des 28. Juni im Auensaal der Kölner Messe eine Kundgebung, auf der der amerikanische Friedensnobelpreisträger Prof. Linus Pauling <sup>111</sup>, der Präsident der War Resisters' International (WRI), Prof. Harold Bing, und der stellvertretende Gesundheitsminister der CSSR, Prof. Josef Lukas, sprachen. Die Reaktion der Stadt auf die

Bitte an Oberbürgermeister Burauen, den Aufruf für die Kundgebung zu unterzeichnen, ein Grußwort zu sprechen und Prof. Pauling im Rathaus zu empfangen, machte deutlich, wie engstirnig die städtischen Instanzen außerparlamentarischen Friedensaktivitäten gegenüberstanden: Burauen beschied die Bitte abschlägig, nachdem die Vertreter der drei Rathausfraktionen einstimmig in diesem Sinne votiert hatten<sup>112</sup>, wohnte jedoch am Vormittag des 28. Juni in Müngersdorf einer Militärparade bei.<sup>113</sup> Unter dem Motto »Erinnern, Gedenken, Nachdenken, Aufrütteln« führte die Arbeitsgemeinschaft am Antikriegstag eine Mahnwache auf dem Neumarkt durch; der Aufruf zu dieser Veranstaltung faßte die grundlegenden Forderungen der Friedensorganisationen in den 60er Jahren zusammen: Ausschaltung des Krieges aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft; Verzicht auf militärische Gewalt; Koexistenz und Verhandlungen statt Schießen; Verzicht auf Massenvernichtungswaffen; Beginn der Abrüstung statt weiterer Aufrüstung; Deutschland als Brückenbauer zwischen West und Ost.<sup>114</sup>

Die rege Aktivität der AKF hatte gezeigt, wie wichtig eine gute Zusammenarbeit für die meist doch recht kleinen Friedensverbände war, wären sie doch auf sich allein gestellt kaum in der Lage gewesen, einen derart großen Aktionsradius zu entfalten. Ende 1964 kam es jedoch zu ernststen Differenzen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft, die zu einer vorübergehenden Schwächung führten. Den ersten Anlaß gab die DFU, als sie einen von der AKF verteilten Aufruf von 20 Kölner Persönlichkeiten gegen die Notstandsgesetze als Beilage zu ihren Wahlmaterialien für die Kommunalwahl im Herbst 1964 versandte, wodurch die Befürchtung entstand, es könne hiermit der Eindruck erweckt werden, die parteipolitisch unabhängige AKF unterstütze die DFU.<sup>115</sup> Als schließlich im Herbst des Jahres die VVN die Vorbereitung für den traditionellen Schweigemarsch am Volkstrauertag auf eigene Faust betrieb und die Arbeitsgemeinschaft wenige Wochen vor dem Termin vor vollendete Tatsachen stellte<sup>116</sup>, entstand eine offene Krise. Der Schweigemarsch fand ohne Beteiligung der AKF statt; der Freidenkerverband<sup>117</sup> und die DFG<sup>118</sup> verlangten eine offene Aussprache, während der Versöhnungsbund, der bereits bei der Mahnwache am Antikriegstag nicht vertreten gewesen war, das Verhalten der VVN zum Anlaß nahm, seine Mitarbeit in der AKF einzustellen. Motiviert wurde dieser Entschluß vornehmlich durch die niemals ganz überwundenen politischen Vorbehalte gegenüber den nichtpazifistischen Mitgliederor-

organisationen der AKF, obgleich auch die personelle und organisatorische Schwäche der Gruppe zu diesem Schritt beitrug.<sup>119</sup>

Die Arbeit für den Frieden fand in den 60er Jahren freilich nicht ausschließlich im Rahmen der AKF und des Ostermarsches statt. Die einzelnen Organisationen entwickelten vielmehr auch eigenständige Aktivitäten, von denen die wichtigsten im folgenden Erwähnung finden sollen. Die Ortsgruppe der WFFB, die in den 60er Jahren aktiver wurde, wandte sich im Mai 1964 mit einer in einer öffentlichen Versammlung verabschiedeten Resolution an die Bundesregierung und forderte sie auf: 1. die internationalen Entspannungsbestrebungen zu unterstützen, 2. die Multilaterale Flotte<sup>120</sup> abzulehnen und die »maßlose Aufrüstung« zu beenden, 3. mit der DDR Verhandlungen aufzunehmen, 4. von den geplanten Notstandsgesetzen Abstand zu nehmen.<sup>121</sup> Ende Oktober 1967 führte die WFFB in den Sartoryssälen eine Veranstaltung zu Vietnam durch, der sich ein Fackelzug anschloß. Vor 1200 Zuhörern riefen Prof. Walter Fabian, Martin Niemöller und die amerikanische Kriegsgegnerin Ruth Gage-Colby zur Solidarität mit dem vietnamesischen Volk auf und forderten die Beendigung der amerikanischen Intervention.<sup>122</sup>

Die DFG, deren Mitgliederzahl Anfang 1962 auf 54 Mitglieder geschrumpft war<sup>123</sup>, lud in unregelmäßigen Abständen zu Vortragsabenden ein; so sprachen u. a. im März 1963 Prof. Rassinier über »Öl und Weltpolitik«, im Juni 1963 Wolf Schenke über »China im Wandel der Weltpolitik« und im Mai 1964 Diether Posser zum Thema »Politische Strafjustiz«.

Das starke Engagement der DFG innerhalb der AKF führte bis Mitte der 60er Jahre zu einer Verringerung des Mitgliederbestandes.<sup>124</sup> Auch durch gemeinsame Veranstaltungen mit dem Versöhnungsbund (ab 1965), der nach dem Weggang von Pastor Linz aus Köln kaum noch aktionsfähig war, gelang es der Friedensgesellschaft nicht, neue Mitglieder zu gewinnen, zumal sich die jüngeren Interessenten eher dem VK oder der IdK zuwandten, in deren praktischer Tätigkeit der Kriegsdienstverweigerung eine hervorragende Rolle zukam. Dennoch blieb die DFG dank der unermüdlichen Arbeit von Roland Kurtz weiter aktiv: sie führte gemeinsam mit der IdK verschiedene Wochenendseminare für Kriegsdienstverweigerer durch und beteiligte sich in den Jahren 1964 bis 1967 an den Friedensfahrten auf dem Rhein, die vom Bundesvorstand der DFG veranstaltet wurden. Höhepunkt der DFG-Aktivitäten in den 60er Jahren war zweifelsohne ein Internationales Forum unter dem Motto »Entspannung und Sicherheit in Europa durch Verträge und

Rüstungsbeschränkungen« am 16. Juli 1966, bei dem in der Mülheimer Stadthalle vor 800 Zuhörern neben bundesdeutschen Teilnehmern prominente Persönlichkeiten aus Polen, der CSSR, der DDR, Holland und Frankreich über Möglichkeiten einer Ost-West-Verständigung diskutierten. Die Veranstaltung fand in der Presse ein breites Echo<sup>125</sup>; der »Kölnischen Rundschau« blieb es vorbehalten, in diesem Zusammenhang die Friedensgesellschaft als »prokommunistisch« zu diffamieren.<sup>126</sup>

Die Hauptaktivität der IdK, die etwa 45 Mitglieder zählte<sup>127</sup> bestand in der regelmäßigen Beratung von Kriegsdienstverweigerern. Außerdem veranstaltete die Gruppe – zum Teil gemeinsam mit der DFG – Vortragsabende, führte eine Atomwahnwache auf dem Rudolfplatz durch (April 1962) und forderte den französischen Staatspräsidenten de Gaulle im September 1962 bei seinem Besuch in Köln auf, die Fremdenlegion aufzulösen und sich für die Schaffung eines Gesetzes einzusetzen, das die bis dahin in Frankreich nicht anerkannte Kriegsdienstverweigerung legalisieren sollte.<sup>128</sup> Die Kriegsdienstverweigererberatung stand auch im Mittelpunkt der Arbeit des VK. Die Kölner Gruppe demonstrierte im Juli 1963 anlässlich des Besuches des amerikanischen Präsidenten Kennedy vor dem Rathaus mit Transparenten, die auf die Gefahr aufmerksam machten, die von amerikanischen Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik ausgehe.<sup>129</sup> Im April 1965 protestierte die Gruppe vor der amerikanischen Botschaft in Bad Godesberg gegen die amerikanische Kriegführung in Vietnam.<sup>130</sup>

Friedenspolitische Forderungen wurden auch bei den Maidemonstrationen erhoben, zu denen in der ersten Hälfte der 60er Jahre die Jungsozialisten, die Falken und Gewerkschafter der Ford-Werke aufriefen, da der DGB in diesen Jahren auf eine Demonstration verzichtete und sich mit einer Kundgebung auf dem Neumarkt begnügte.<sup>131</sup>

### *Gegen Notstandsgesetze und Vietnamkrieg*

Im Zeichen des Kampfes gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg standen die Aktivitäten der Kampagne für Abrüstung (KfA) und der AKF in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Am 12. Juni 1965 organisierten die im Ostermarschausschuß zusammengeschlossenen Organisationen Mahnwachen gegen die Notstandsgesetze auf dem Rudolfplatz, dem Ebertplatz, dem Wallraffplatz und dem Wie-

ner Platz und sammelten etwa 850 Unterschriften unter eine Petition an den Bundestag. Fortgesetzt wurde die Aktion gegen die noch für den Juni geplante Verabschiedung der Notstandsgesetze am 15. 6. mit einer Kundgebung auf dem Neumarkt und einem Fackelmarsch. Zuvor hatten bereits der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD), die deutsch-israelische Studentengruppe (DIS) und der SDS am 2. Juni in der Aula der Universität zu einem öffentlichen Forum aufgerufen, auf dem Professoren, Gewerkschafter und Journalisten über die Notstandsgesetze diskutierten. 377 Teilnehmer verabschiedeten zum Schluß eine EntschlieÙung, in der auch die »einfachen Notstandsgesetze« abgelehnt und insbesondere die Gewerkschaften aufgefordert wurden, gegen die Notstandsgesetze auf breiter Basis zu mobilisieren.<sup>132</sup> Der Ostermarschschuß wandte sich am 23. Juni in einem Schreiben an die Abgeordneten des Bundestages; er drückte darin sein Mißtrauen über die weitgehend geheime Vorgehensweise der Bundestagsparteien in dieser Frage aus und richtete an die Abgeordneten die Aufforderung, sich über die vorliegenden Gesetzesentwürfe genauestens zu informieren und die geplante Notstandsgesetzgebung abzulehnen.<sup>133</sup>

Gegen die Notstandsgesetze wandte sich auch die traditionelle Antikriegstagsveranstaltung der AKF, die ihre kurzfristige Schwächeperiode überwunden hatte.<sup>134</sup> Die Mahnwache, auf der Spenden für die Opfer des Vietnamkrieges gesammelt wurden, stand im übrigen unter dem Motto »Helft Vietnam«. <sup>135</sup> Zum internationalen Protesttag gegen den Vietnamkrieg zeigte der Ostermarschschuß am 27. November des gleichen Jahres auf dem Neumarkt eine Informationsausstellung; abends sprach Dr. Walter Fabian im Brauhaus Sion über »Weltpolitische Aspekte des Vietnamkrieges«. Am internationalen Vietnamtag des folgenden Jahres (28. März) wurde die Informationsausstellung auf dem Neumarkt wiederholt; der Arbeitskreis für Abrüstung, der DIS, der LSD, die Humanistische Studentenunion (HSU) und der SDS zeigten in der Universität Filme über den Vietnamkrieg und führten anschließend eine Demonstration zum Wallraffplatz durch. Zahlreiche Kölner Bürger protestierten am 10. Dezember 1966 in einer großformatigen Anzeige im »Kölner Stadt-Anzeiger« gegen die amerikanischen Bombenangriffe und forderten Selbstbestimmung für das vietnamesische Volk. Einen Tag später fand eine Protestveranstaltung Kölner Künstler statt, deren Reinerlös der Hilfsaktion Vietnam zufloß.

Öffentliches Aufsehen erregte im August 1966 eine Kontroverse zwischen der AKF und dem DGB. Nachdem der DGB-Landesbezirks-

verband und der DGB-Jugendausschuß Nordrhein-Westfalen beschlossen hatten, anläßlich des Antikriegstages am 3. September in Aachen eine internationale Antikriegskundgebung mit Gewerkschaftern aus Frankreich, Belgien und Holland durchzuführen, verzichtete die AKF auf ihre traditionelle Antikriegstagsveranstaltung und rief zur Teilnahme an der DGB-Kundgebung auf. Um so überraschter und empörter war man über die Reaktion des DGB, in dessen Namen die Leiterin der Abteilung Jugend beim Ortsausschuß Köln vor der Presse erklärte: »Uns ist an einer Unterstützung der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände, die meist kommunistisch infiltriert oder kommunistische Tarnorganisationen sind, nichts gelegen.«<sup>136</sup> In einer Stellungnahme wies die AKF diese Diffamierung zurück und betonte, ihr Ziel habe allein darin bestanden, eine Zersplitterung der Friedenskräfte zu vermeiden.<sup>137</sup> Daß die Basis innerhalb der Arbeitsgemeinschaft selbst jedoch brüchig geworden war, zeigte sich nur wenige Wochen später, als wegen Eigenmächtigkeiten der VVN im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Schweigemarsches zum Volkstrauertag erneut schwerwiegende Differenzen auftraten. Die DFG und der Freidenkerverband weigerten sich, die Veranstaltung unter diesen Umständen mitzutragen<sup>138</sup>; da ein klärendes Gespräch nicht zustande kam, brach die AKF faktisch auseinander, wiewohl eine förmliche Auflösung niemals erfolgte.

Auch in Köln bildeten Gewerkschafter, Schriftsteller, Journalisten und Geistliche vermutlich Anfang 1967 ein »Kuratorium Notstand der Demokratie«, nachdem die Verabschiedung der Notstandsgesetze infolge der Konstituierung der Großen Koalition wieder auf der Tagesordnung stand. Das Kuratorium rief die Kölner Bürger am 10. April 1967 auf, sich über den Notstandsentwurf der Bundesregierung vom 10. März 1967 zu informieren und für die Erhaltung der Demokratie einzutreten, die durch die geplanten Notstandsgesetze gefährdet sei.<sup>139</sup> Der Ostermarschausschuß – die Ostermarschbewegung hatte sich am 14. 1. 1968 in Kampagne für Demokratie und Abrüstung umbenannt – mobilisierte im Frühjahr 1968 mit aller Kraft für den Sternmarsch der außerparlamentarischen Opposition auf Bonn am 11. Mai, der mit etwa 70000 Teilnehmern nochmals eindrucksvoll den Massenprotest gegen die Notstandsgesetze manifestierte. Deren Verabschiedung konnte der Sternmarsch freilich ebensowenig verhindern wie eine Initiative der DFG in letzter Minute, die die Bundestagsfraktionen am 23. Mai in einem offenen Brief aufforderte, die 3. Lesung der Notstandsgesetze hinauszuschie-

ben, »bis Inhalt und Auswirkungen bekanntgegeben und öffentlich diskutiert worden sind . . .«<sup>140</sup>

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung setzte sich auch 1968 aktiv gegen den Krieg in Vietnam ein. Für Karsamstag rief die Kampagne zu einer fünfminütigen Verkehrsruhe auf, um folgenden Forderungen Nachdruck zu verleihen: Einstellung der Bombardierung Nord-Vietnams, Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner, Frieden auf der Grundlage der Genfer Indochina-Vereinbarungen. Die Osteraktionen des Jahres 1969 ließen deutlich den Einfluß der Schüler- und Studentenbewegung erkennen; neben die traditionelle Demonstration durch die Innenstadt traten unter dem Motto »Müssen Bundeswehrsoldaten demnächst auf ihre Mitbürger schießen?« Bundeswehraktionen vor Kölner Kasernen, bei denen die Soldaten unter Hinweis auf die Notstandsgesetze zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen wurden, sowie eine Lehrlingsaktion »Lehrjahre-Sklavenjahre?« vor der Industrie- und Handelskammer. Die Basis der Kampagne zerfiel jedoch bald darauf; Ursache waren vor allem die Auseinandersetzungen innerhalb der Kampagne über den Einmarsch der fünf Staaten der Warschauer Vertragsorganisation in die CSSR – der Kölner Ausschuß hatte die Erklärung des zentralen Ausschusses gebilligt, in der die Intervention bei gleichzeitiger Distanzierung von den »Rüstungs- und Notstandspolitikern im eigenen Lande« verurteilt wurde<sup>141</sup> – sowie die Zersplitterung der studentischen Opposition.<sup>142</sup>

Auch die Friedensverbände blieben von der jugendlichen Protestbewegung nicht unberührt. Im VK, wo sich der Einfluß der Studentenrevolte infolge einer Beitrittswelle von SDS-Angehörigen in einzelne Gruppen am stärksten bemerkbar machte<sup>143</sup>, bildete sich ein Rat, der den Vorsitzenden Rosendahl für kurze Zeit ablöste. Die VK-Gruppe führte ab Herbst 1968 vor der Lüttich-Kaserne in Köln-Longerich sowie vor den Kasernen in Bergisch-Gladbach und Wahn Flugblattaktionen durch, in denen die Soldaten zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung aufgefordert wurden.<sup>144</sup> Unterstützung erhielt die Gruppe dabei vom Arbeitskreis Kriegsdienstverweigerung im Republikanischen Club Köln, der am 8. November 1968 gegründet worden war. Die Mitglieder des Arbeitskreises traten Ende 1968 größtenteils der Deutschen Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG/IdK) bei<sup>145</sup>, die sich am 6. Dezember 1968 durch den Zusammenschluß von DFG und IdK auf örtlicher Ebene konstituiert hatte und durch den Zustrom junger Aktivisten eine organisatorische und politische Auffrischung erfuhr.<sup>146</sup> Ziel des

Arbeitskreises war »die Ausweitung der Kriegsdienstverweigerung zu einer relativen Massenbewegung«<sup>147</sup>, wobei der Kriegsdienstverweigerung eine politische Funktion zugeschrieben wurde. Der Arbeitskreis begann seine Arbeit mit einer Flugblattaktion vor Mädchenoberschulen, da man meinte, die Agitationswirkung auf diese Weise potenzieren zu können; es folgten Flugblattaktionen vor Jungenoberschulen, beim »Politischen Nachtgebet« und vor Kölner Kirchen zur Christmette 1968. Die größte Wirksamkeit erreichte wohl eine ausgedehnte Kasernenaktion, durch die ab 1969 Kasernen in Köln, Nörvenich und Teveren erfaßt wurden. Wurden anfangs noch wöchentlich Flugblätter verteilt, so gab der Arbeitskreis später eine eigene Soldatenzeitung mit dem Namen »Barras« heraus, von der 7 Ausgaben erschienen.<sup>148</sup> Im Verlauf der Aktion kam es des öfteren zu Zusammenstößen mit dem Bundeswehrwachpersonal und der Polizei; Soldaten, die sich an den Arbeitskreis gewandt hatten, wurden bespitzelt und versetzt, und gegen 4 Verteiler wurde ein Verfahren wegen Staatsgefährdung eingeleitet, das freilich mit einem Freispruch endete.<sup>149</sup>

### *Die 70er Jahre – Ausblick und Schluß*

Die Entwicklung der Kölner Friedensbewegung in den 70er Jahren kann hier nur noch skizzenhaft angedeutet werden. Starkes Engagement löste bei den Friedensorganisationen die zwischenzeitliche Gefährdung der Ostverträge aus, für deren Unterzeichnung sie gemeinsam mit politischen Organisationen Unterschriftensammlungen durchführten. DFG/IdK und VK fusionierten am 17. Januar 1975 auf örtlicher Ebene zur Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)<sup>150</sup>, nachdem bereits 1972 eine kurzfristige Bürogemeinschaft bestanden hatte, die freilich an persönlichen Differenzen bald wieder gescheitert war. Durch den Zusammenschluß entstand in Köln eine starke und aktive Gruppe<sup>151</sup> die ihren Schwerpunkt nicht ausschließlich auf die Kriegsdienstverweigerung legt, sondern sich in starkem Maße auch der Abrüstungsproblematik zuwendet. Ein Ergebnis dieser Bemühungen war die Entstehung der Kölner Initiative für Abrüstung (KifA), die auf Initiative der DFG-VK am 19. Februar 1976 gegründet wurde und in der 27 Organisationen mitarbeiten.<sup>152</sup> Die KifA führte 1976 und 1977 im Rahmen der Maiaktionen, zu denen das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit aufgerufen hatte<sup>153</sup>, Abrü-

stungswochen durch, die 1977 in einer Abendveranstaltung mit den Teilnehmern der von der DFG-VK initiierten Internationalen Abrüstungsstaffette von Helsinki nach Belgrad gipfelten. Mit der Bildung der KifA gelang es erstmals in Köln, ein derartig breites Bündnis für Abrüstungsaktivitäten zu schaffen; die Initiative will ihre Arbeit weiterführen.

Der vorliegende Überblick hat deutlich gemacht, daß sich in Köln nach dem Zweiten Weltkrieg vielfältige Friedensaktivitäten vollzogen haben, die freilich von der Presse und den kommunalen Politikern kaum zur Kenntnis genommen wurden. Die Ursache für die weitgehende Isolierung der Friedensorganisationen ist vor allem in dem durch einen rigiden Antikommunismus geprägten innenpolitischen Klima der Nachkriegszeit zu suchen, in dem bis weit in die 60er Jahre hinein alle Friedensaktivitäten dem Verdacht einer Begünstigung des kommunistischen Gegners ausgesetzt waren; allerdings dürften auch die internen Differenzen und das bisweilen sektiererische Verhalten der Friedensverbände selbst dazu beigetragen haben, daß ihre Wirksamkeit begrenzt blieb. Weitere Faktoren waren Behinderungsmaßnahmen städtischer Instanzen<sup>154</sup> und stete Finanzsorgen<sup>155</sup>, die eine ausgedehnte Werbung oft unmöglich machten. Wenn auch den Bemühungen der Friedensorganisationen kaum unmittelbare Erfolge beschieden waren und ihre Haltung oft anachronistisch anmutete, so war ihre Tätigkeit dennoch nicht wirkungslos; so haben die Friedensverbände durch ihr frühzeitiges Eintreten für eine Verständigung mit dem Osten mit dazu beigetragen, innenpolitisch den Weg zur Unterzeichnung der Ostverträge und der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu bahnen, durch die zumindest die politischen Grundlagen für einen dauerhaften Frieden in Europa gelegt worden sind; ebenso haben sie durch ihren entschiedenen Einsatz gegen jede Einschränkung der demokratischen Grundrechte und durch die Betonung der Verantwortung des einzelnen Staatsbürgers daran mitgewirkt, das öffentliche Bewußtsein für die Bedeutung der Grundrechte zu schärfen und eine Erstarrung der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu verhindern. Daß ihre Stoßrichtung – Abbau der militärischen Rüstungen und Übergang zu einem System der nicht-militärischen Friedenssicherung – zukunftsweisend ist, dürfte außer Zweifel stehen; ob die Menschheit freilich die Kraft zu einer derartigen Lösung besitzen wird, muß die Zukunft erweisen.

## Anmerkungen

1 Die vorliegende Arbeit stützt sich hauptsächlich auf den umfangreichen Nachlaß des langjährigen DFG-Vorsitzenden Roland Kurtz, der 1977 gestorben ist (im folgenden NL Kurtz). Einzelne Dokumente stellten der langjährige Vorsitzende der Internationalen der Kriegsdienstgegner (IdK), Karl-Ernst Gruhl (heute Mitglied des Verbandes Progressiver Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer = PPK), Johanna Schneider (langjähriges Vorstandsmitglied der Kölner Gruppe des Internationalen Versöhnungsbundes), Maria Pause (langjähriges Vorstandsmitglied der Westdeutschen Frauen-Friedens-Bewegung = WFFB), Günther Schlatter (zeitweiliger Vorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer und Sprecher des Ostermarsch-Ausschusses Köln, heute Vorsitzender des SPD-Bezirks Mittelrhein) und Herbert Fulfs (zeitweilig Sprecher des Ostermarsch-Ausschusses und Vorsitzender der Kölner Jungsozialisten) zur Verfügung. Mit Johanna Schneider, Maria Pause, Günther Schlatter, Herbert Fulfs, Helmut Wendler (zeitweilig Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken und Mitglied der Gruppe Internationaler Marxisten = GIM), Ferdi Hülser (langjähriges DFG-Mitglied und Vorstandsmitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes = DFV), Gustav Schäfer (Anfang der 50er Jahre Kreissekretär der Kommunistischen Partei Deutschlands = KPD für Köln-Stadt und Köln-Land) und Heinz Humbach (Kreisvorsitzender der Kölner Deutschen Kommunistischen Partei = DKP) führte der Verfasser Gespräche. Dokumente der Organisationen des Arbeiter-Jugend-Kartells (Jungsozialisten, Falken und Naturfreundjugend), der SPD und der kommunistischen Organisationen (KPD, Freie Deutsche Jugend = FDJ) konnte der Verfasser nicht ausfindig machen, zumal das Historische Archiv der Stadt Köln keine Bestände von Parteien und Verbänden führt und die Unterlagen bei den erwähnten Organisationen selbst vermutlich abhanden gekommen sind.

2 Brief Hein Herbers an Kurtz vom 28. 11. 1962 (NL Kurtz). Im »Handbuch der Friedensbewegung« von Alfred Herrmann Fried (Berlin/Leipzig 1911/13) ist eine Kölner Gruppe im Verzeichnis der Ortsgruppen nicht aufgeführt, doch zeigt eine Resolution aus dem Jahre 1913 (abgedruckt in: »Die Friedenswarte«, XV. Jg. (1913, S. 119), daß eine aktive Ortsgruppe bestanden hat. Zur Geschichte der DFG vor dem 1. Weltkrieg vgl. Friedrich-Karl Scheer, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933). Organisation - Ideologie – Politische Ziele. Ein Beitrag zur Entwicklung des Pazifismus in Deutschland, Diss. phil. Bochum 1974 (masch.) sowie Guido Grünewald, Stimme der Völkerverständigung und der Humanität: Die Deutsche Friedensgesellschaft 1892–1933, in: Friedensanalysen für Theorie und Praxis, Bd. 10, Frankfurt/M. 1979.

3 Mitteilungen der DFG, 2. Jg. (1921), S. 52 (Bundesarchiv Koblenz, ZSg 1-29/6).

4 »Das Andere Deutschland« Nr. 17/1961, S. 8.

5 Briefe von Heinig an Prof. Fritz Baade vom 3. 10. 1954 und an Dr. Fritz Wenzel vom 18. 12. 1955 (NL Kurtz). Heinig stand in den 20er Jahren beim Aufbau des Westdeutschen Landesverbandes der DFG mit an vorderster Stelle. 1931 wurde er aus der SPD ausgeschlossen, als die Partei einen

Unvereinbarkeitsbeschuß bezüglich der DFG faßte, doch trat er der SPD 1946 wieder bei. Von 1953 bis 1956 war Heinig Mitglied des DFG-Bundesvorstandes.

6 »Das Andere Deutschland«, Nr. 16/1961, S. 8.

7 Information Nr. 1 der DFG, S. 2 (Archiv der Friedenspolitischen Studiengesellschaft Hamburg).

8 Aufruf und Flugblatt im NL Kurtz (Hervorhebung im Original).

9 Einladung zur Mitgliederversammlung des Distrikts Dellbrück vom 30. 11. 1946 (NL Kurtz).

10 Kassenabrechnung 1949 (NL Kurtz).

11 Kassenabrechnungen 1950–1956 (NL Kurtz).

12 Soweit feststellbar, existierten folgende Distrikte: Rath-Heumar, Dellbrück, Mülheim und Umgebung, Sülz, Klettenberg und Lindenthal sowie Köln-Süd.

13 »Das Andere Deutschland«, Nr. 13/1947, S. 2.

14 »Das Andere Deutschland«, Nr. 5/1949, S. 6.

15 Zu Anna Siemsen vgl. August Siemsen, Anna Siemsen. Leben und Werk, Hamburg 1951.

16 »Kölnische Rundschau« vom 9. 1. 1950 und »Volksstimme« (Organ der KPD) vom 10. 1. 1950 (NL Kurtz).

17 Erwähnung in den Dokumenten finden der Internationale Zivildienst (IZD), die Arbeitsgemeinschaft für Friedensarbeit, die Gesellschaft der Freunde (Quäker) und der Internationale Versöhnungsbund.

18 Ab 1953 leitete Johanna Schneider die Gruppe, nachdem zwischenzeitlich Karl-Heinz Ulhaas für kurze Zeit verantwortlich gezeichnet hatte. In den 60er Jahren hatte Pastor Dieter Linz den Vorsitz inne.

19 Zur Friedensarbeit der Quäker vgl. Heinrich Otto, Werden und Wesen des Quäkertums und seine Entwicklung in Deutschland, Wien 1972.

20 Die folgenden Angaben über die Kölner Gruppe des Versöhnungsbundes sind Rundbriefen und Einladungsschreiben entnommen sowie vor allem einem Gespräch mit Johanna Schneider, jahrelang eine der treibenden Kräfte der Gruppe, das der Verfasser mit ihr am 13. 9. 1978 in Köln führte.

21 In den jährlichen Rundschreiben zum Jahresanfang mußte immer wieder der Tod von Mitgliedern angezeigt werden.

22 Zur Volksbefragungsaktion vgl. Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949–1955, Frankfurt/M. 1971, S. 44–49, 72–77 u. 103 sowie Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln 1970, S. 52 f. Der Aufruf des »Hauptausschusses für Volksbefragung gegen Remilitarisierung« ist abgedruckt in: Dinge der Zeit, 3. Folge, Heft 12/13, Dezember 1952: Die Kampagne gegen die Remilitarisierung in Deutschland. II. Die Kampagne in Dokumenten, S. 169–173. Die Abstimmungsfrage lautete: Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?

23 Angaben zur Volksbefragungsaktion in Köln verdankt der Verfasser Gustav Schäfer und Heinz Humbach, mit denen er Gespräche führte. Schriftliches Quellenmaterial war nicht aufzufinden.

24 Wie Heinz Humbach berichtete, war besonders die Unterschriften-

sammlung bei den Fordwerken erfolgreich. Da die Straßenbahn damals noch nicht bis zum Werk fuhr und die Arbeiter die Reststrecke mit Firmenbussen transportiert wurden, konnten die Helfer den Arbeitern die Fragebögen vor dem Einsteigen in die Busse geben, standen während der Fahrt für Erklärungen zur Verfügung und sammelten die Unterschriften beim Aussteigen schließlich ein. Max Reimann (Entscheidungen 1945–1956, Frankfurt/M. 1973, S. 182) berichtet außerdem von einer Massenkundgebung in Köln mit 100000 Teilnehmern; hierfür konnte der Verfasser in den vorliegenden Archivmaterialien keinen Hinweis finden.

25 Daß es im Bundesgebiet zu Behinderungen und zahlreichen Verhaftungen kam, berichtet Krause, a. a. O., S. 73/74. In den wenigen Fällen, wo in Köln und Umgebung Helfer der Volksbefragungsaktion verhaftet wurden, kam es jedoch nur selten zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens; das Amtsgericht Köln sprach in einem Fall Helfer der Volksbefragung frei (vgl. Krause, a. a. O., S. 73, Fußnote 17).

26 Diese Zahl stammt aus einer Schätzung Gustav Schäfers, der damals für die Befragung in Köln-Land verantwortlich war.

27 So übereinstimmend Schäfer und Humbach.

28 Entschließung des Westdeutschen Landesverbandes zur Volksbefragung, in: Informationsdienst der DFG, 2. Jg. 1951, NR. 7, S. 3/4.

29 Umfrageergebnisse aus den Jahren 1949 bis 1955, die eine Mehrheit gegen die Remilitarisierung zeigen, sind zitiert bei Hans-Edgar Jahn, Für und Gegen den Wehrbeitrag. Argumente und Dokumente, Köln 1957, S. 28, 241 sowie bei Rupp, a. a. O., S. 46, Fußnoten 176–178.

30 Auskunft von Gustav Schäfer. Für den genauen Text und Hilfe bei der Transkribierung schuldet der Verfasser Dr. Heribert A. Hilgers von der Universität Köln Dank.

31 Flugblatt »Frauen, Männer, herhören!« (im Besitz des Verfassers) (Hervorhebung im Original).

32 Rundschreiben vom September 1954 (NL Kurtz).

33 Posser ist heute Finanzminister in der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

34 Brief Heinigs an Fritz Wenzel vom 18. 12. 1955 (NL Kurtz). Über die SPD heißt es in dem Brief: »Längst habe ich mir abgewöhnt, SPD-Leute durch die Partei einzuladen, die haben soviel mit Fastnachtsgesellschaften und Kegelclubs oder ähnlichem zu tun, daß sie dafür keine Zeit haben«.

35 Zur Gruppe der Wehrdienstverweigerer (GdW), wie die GKW ab Ende 1954 hieß, vgl. Heinz Stuckmann, Sag nein, wenn du nicht töten willst . . . Geschichte und Stand der Wehrdienstverweigerung, Köln o. J. (1957) sowie Guido Grünwald, Zwischen Kriegsdienstverweigerergewerkschaft und politischer Friedensorganisation: Der Verband der Kriegsdienstverweigerer 1958–1966, Hamburg 1977, S. 32–39.

36 Was blieb 16 Jahre danach? Sieben Kölner gründeten 1953 die deutsche Wehrdienstgegnerbewegung, Kölnische Rundschau vom 8. 6. 1969.

37 Ebenda sowie Stuckmann, a. a. O., S. 24. Vier der Gründungsmitglieder waren entscheidend durch die Eindrücke des Weltkrieges geprägt.

38 Die IdK, die bereits in der Weimarer Zeit unter dem Namen »Bund der Kriegsdienstgegner« (BdK) bestanden hatte, hatte 1945 in Hamburg

unter Theodor Michaltscheff ihre Arbeit wieder aufgenommen und vertrat im Sinne der Grundsatzklärung der War Resisters' International (WRI) (Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten) einen weiten Kriegsdienstverweigerungsbegriff, der nicht nur den Wehr- und Ersatzdienst, sondern auch die Arbeit in Rüstungsbetrieben ablehnte. Zur IdK vgl. demnächst die Dissertation des Verfassers »Die Internationale der Kriegsdienstgegner 1945 bis 1974«.

39 Stuckmann, a. a. O., S. 11.

40 Die Bundesregierung rechnete vor der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes mit einem Anteil von 25–30% Kriegsdienstverweigerern unter den Wehrpflichtigen. Vgl. Jahn, a. a. O., S. 239.

41 »Das Andere Deutschland« Nr. 5/1952, S. 4. Nach den Vorstellungen des Studentischen Forums sollte es genügen, wenn ein Staatsbürger erklärte, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst zu verweigern.

42 Stuckmann, a. a. O., S. 25.

43 Im März 1956 entstanden daraus die regelmäßig erscheinenden INFORMATIONEN, zunächst als Organ der GdW, ab 1958 als Organ des »Verbandes der Kriegsdienstverweigerer« (VK); im April 1961 wurden sie in ZIVIL umbenannt.

44 Stuckmann, a. a. O., S. 27.

45 »Das Andere Deutschland«, Nr. 22/1954, S. 8 sowie INFORMATIONEN Nr. 3 (Dezember 1954).

46 INFORMATIONEN Nr. 3 (Dezember 1954).

47 Die Mittwochsgespräche wurden in regelmäßiger Folge im Wartesaal des Hauptbahnhofs vom Bahnhofsbuchhändler Ludwig veranstaltet.

48 Die Dienststelle Blank als Vorläufer des Bundesverteidigungsministeriums war von Adenauer Ende 1950 geschaffen worden, als er den CDU-Abgeordneten Theodor Blank zum »Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen« berief.

49 Vgl. die Berichte in »Das Andere Deutschland«, Nr. 24/1954, S. 2/3, »Quick« Nr. 46 vom 14. 11. 1954 sowie in »Bild« vom 5. 5. 1954.

50 Der Aufnahmeantrag, der von jedem Mitglied unterschrieben werden mußte, enthielt folgende Passage: »Ich verpflichte mich, die Gruppe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und mich dafür einzusetzen, daß ihre Unabhängigkeit von allen einseitig orientierten Interessengruppen, vor allem den Kommunisten und ihren Tarnorganisationen, gewahrt bleibt.«

51 Dieser Vorwurf bezog sich nicht speziell auf die Kölner DFG-Gruppe, sondern auf die Gesamtorganisation. Da die GdW freilich zentralistisch ausgerichtet war, blieb für eine flexible Bündnispolitik entsprechend den örtlichen Verhältnissen kein Raum.

52 Leider war es dem Verfasser nicht möglich, Unterlagen über die Tätigkeit dieser drei Organisationen zu erhalten, da diese verlorengegangen sind. Auch die Unterlagen des SPD-Kreisverbandes Köln sind laut Auskunft des »Archivs der sozialen Demokratie« bei der Friedrich-Ebert-Stiftung verlorengegangen.

53 So Franz Wendlandt in einem Telefongespräch am 3. 9. 78 und

Herbert Fulfs in einem Gespräch mit dem Verfasser am 19. 9. 78 in Köln. Fulfs war 1958/59 und 1961/62 Vorsitzender der Kölner Jungsozialisten und ab 1961 führend im Kölner Ostermarschausschuß tätig.

54 Manifest der Kölner Jungsozialisten zur Parteidiskussion (Archiv Fulfs) (Hervorhebung im Original). In einer weiteren »Erklärung zur politischen Lage und den Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« der Kölner Jungsozialisten vom 15. 6. 1955 (Archiv Fulfs) hieß es:

»Die Ratifizierung der Pariser Verträge hindert uns nicht daran, unseren Kampf gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik und gegen die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands ungemindert fortzusetzen. Alles Handeln der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in dieser Frage muß den Zweck haben, die Realisierung der Pariser Verträge zu verhindern. Durch die jeweils wirkungsvollste Art des Widerstandes (u. a. Dauerreden, Eingaben, demonstratives Verlassen der Sitzung) und durch Entlarvung der Regierungspolitik in der Öffentlichkeit muß die parlamentarische Arbeit an den Wehrgesetzen gehemmt und verschleppt werden. Eine Mitarbeit uns. Partei beim Aufbau der Armee (etwa in Personalausschüssen, in Ausschüssen, die die Bewaffnung und Ausrüstung zu bestimmen haben) würde den antidemokratischen Charakter der Aufrüstung nicht beseitigen, und wird deshalb von uns abgelehnt. Durch eine auch nur scheinbare Mitschuld an der Errichtung der Armee würde der Widerstandswille der Arbeiterschaft und der gesamten Bevölkerung gelähmt. Wir bekämpfen nicht nur bestimmte antidemokratische Begleiterscheinungen der Aufrüstung, sondern die Aufrüstung an sich, weil sie Freiheit, Einheit und Frieden zerstört.

Die parlamentarische Arbeit der SPD muß vor allem dazu dienen, die Mobilisierung der breiten Massen in außerparlamentarischen Aktionen zu unterstützen. Nicht die logischen Argumente unserer Debattenredner, sondern nur der demokratische Druck des Volkes kann die Regierung dazu zwingen, von der Remilitarisierung abzulassen.«

55 Zur Haltung der Falken vgl. Heinz Beinert/Heinrich Eppe/Dieter Grimme/Günther Hamann/Erik Nohara, Zwischen Anpassung und Widerstand. Zur Geschichte der organisierten Arbeiterjugendbewegung 1904–1974 (= Dokumente 5, Schriftenreihe der Sozialistischen Jugend Deutschlands. Die Falken), o. O., o. J. (Bonn 1974), S. 83 ff.

56 Rundschreiben des Kreisverbandes Köln der Jungsozialisten vom 24. 1. 1956 (Archiv Fulfs).

57 Die führenden GdW-Mitglieder waren nicht nur in Köln, sondern auch auf Bundesebene meist Mitglieder der SPD.

58 Zu Heidingsfelder vgl. Martin Stankowski, Linkskatholizismus nach 1945. Die linkskatholische Presse in Deutschland nach 1945, Köln 1976, S. 253 ff. Heidingsfelder war Antimarxist, arbeitete aber mit Kommunisten in Zweckbündnissen zusammen (vgl. ebenda, S. 270 f.).

59 Brief des Unterbezirks Köln der Falken an Heinig vom 2. März 1955 (NL Kurtz).

60 Erklärung des DFG-Bezirks Mittelrhein vom 2. Juli 1956 (NL Kurtz).

61 Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft, Bund der Kriegsdienstgegner, gegr. 1892, Stadtverband Köln an die Herren Oberbürgermeister,

Oberstadtdirektor und die Rathausfraktionen der Stadt Köln vom November 1956 (Hervorhebung im Original) (NL Kurtz).

62 Zu den Verhandlungen über die Einstellung der Atombombenversuche, die 1963 zum teilweisen Teststoppvertrag führten, vgl. David E. Mark, Die Einstellung der Kernwaffenversuche, Frankfurt/M. 1965 sowie Franz W. Seidler, Die Abrüstung. Eine Dokumentation der Abrüstungsbemühungen seit 1945, München 1974, S. 77 ff.

63 Zur Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr vgl. Rupp, a. a. O.

64 »Neue Rhein-Zeitung« vom 15. Juni 1957: »Die Erde ist in Gefahr.«

65 Schreiben des Unterbezirks Köln der Falken vom 10. 4. 1957 und der Naturfreundejugend vom 23. 4. 1957 an Heinig (NL Kurtz).

66 So Heinig in einem Brief an den Präsidenten der DFG, den SPD-Bundestagsabgeordneten Fritz Wenzel vom 18. 12. 1955 (NL Kurtz).

67 Schreiben von Joseph Erfen im Namen des Kreisverbandes an Heinig vom 16. 5. 1957 (NL Kurtz).

68 Aufruf »Alle Freunde des Friedens«, undatiert (NL Kurtz).

69 Der Aufruf ist abgedruckt in: Blaubuch über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, hrsgg. vom Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland, o. O., o. J. (Düsseldorf 1957), S. 56/57.

70 Vgl. dazu Rupp, a. a. O., S. 127 ff.

71 »Kölner Stadt-Anzeiger« vom 17. April 1958: »Lebhafter Protest gegen die atomare Bewaffnung«.

72 Rupp, a. a. O., S. 179, Fußnote 930. Zur Aktionsgemeinschaft, die maßgeblich vom Fränkischen Kreis und anderen als kommunistische Tarnorganisationen verdächtigten Gruppen getragen wurde, vgl. ebenda, S. 135 ff.

73 Rundschreiben der DFG vom Juni 1958 (NL Kurtz).

74 Bericht des Arbeitsausschusses der Jungsozialisten 1958–1959 (Archiv Fulfs). Der Maiaufruf des DGB forderte Bundestag und Bundesregierung lediglich in allgemeiner Weise auf, »sich dem Wettrüsten in der ganzen Welt entgegenzustellen«. Vgl. Rupp, a. a. O., S. 190/191.

75 Vgl. die Berichte in der »Neuen Rhein-Zeitung« vom 8. August 1958 und in INFORMATIONEN 9/58, S. 4.

76 Siehe den Bericht in der »Neuen Rhein-Zeitung« vom 8. August 1958.

77 Vgl. dazu Rupp, a. a. O., S. 213 ff.

78 Informationsdienst der DFG, 10. Jg., März 1959, S. 6.

79 »Kölnische Rundschau« vom 22. Mai 1959: »Du sollst nicht töten«.

80 Brief Wischniewskis an Heinig vom 7. 1. 1959 (NL Kurtz).

81 Der unerwartet starke Protest der 22er – allein im August und September 1959 fanden 71 Protestveranstaltungen statt; bis zum März 1960 (d. h. noch vor der Musterung) hatten bereits 5000 22er einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt – veranlaßte das Bundesverteidigungsministerium, auf die geplante Einberufung des Jahrgangs 22 zu verzichten.

82 Zu den Ereignissen, die zur Hinrichtung von Reichspietsch und Köbis führten, vgl. Hans Beckers, Wie ich zum Tode verurteilt wurde. Die Marinetragedie im Sommer 1917, Leipzig 1928.

83 Angaben von Herbert Fulfs in dem Gespräch mit dem Verfasser. Vgl. auch den Kommentar »Antikommunismus genügt nicht« von Eugen Kogon in: Frankfurter Hefte, 13. Jg. 1958, S. 829/830.

84 Über die Gründung und die Tätigkeit der WFFB in den 50er Jahren konnte der Verfasser nichts Näheres in Erfahrung bringen. In den 60er Jahren waren nach Angaben von Maria Pause etwa 10 Frauen regelmäßig aktiv, während die Mitteilungen der Gruppe an etwa 200 Personen verschickt wurden.

85 Protokoll über die Gründung der IdK-Gruppe Köln (Archiv Alois Stoff, Essen; Stoff ist Landesvorsitzender der DFG-VK in Nordrhein-Westfalen). Bezeichnend für das politische Klima der damaligen Zeit ist die Tatsache, daß bei der Gründungsversammlung 2 Beamte des 14. (politischen) Kommissariats der Polizei anwesend waren. Vgl. »Friedensrundschau« 1/61.S. 27.P86 Gruhl hatte 1956 dem Bundesvorstand der GdW angehört.

87 Karl-Heinz Kuroпка und Günther Schlatter, die den Verband Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre führten, waren aktive SPD-Mitglieder, ebenso Herrmann Rosendahl, der Schlatter Mitte der 60er Jahre ablöste. Die betont antikommunistische Einstellung des VK wird in einem Flugblatt an den Jahrgang 22 deutlich, das mit der Losung schließt: Weder Kommunismus noch Krieg! Kampf dem Atomtod – durch Kriegsdienstverweigerung! (NL Kurtz).

88 Genährt wurde dieser – durch die Praxis beider Organisationen nicht gerechtfertigte – Verdacht vermutlich durch die Tatsache, daß Gruhl und Kurtz in der neugegründeten DFU aktiv waren. Außerdem beschloß der Bundesausschuß des VK im März 1962, eine Zusammenarbeit von VK-Gruppen mit der DFU sei verbandsschädigend. Vgl. Grünewald, a. a. O., S. 99.

89 Brief von Kurtz an Emma Theurer vom 29. 3. 1962 (NL Kurtz). Bereits 1960 hatte Kurtz geäußert, gegenüber dem VK sei »äußerstes Mißtrauen berechtigt« (Informationsdienst der DFG, 11. Jg., Nr. 8–9/1960, S. 8), während sich Gruhl noch 1967 gegen eine – in beiden Organisationen immer wieder geforderte – Fusion mit dem VK wandte. (Rundschreiben der IdK vom 29. 12. 1967; Archiv Stoff).

90 Zur Geschichte der Ostermarschbewegung vgl. Karl A. Otto, Vom Ostermarsch zur APO: Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970, Frankfurt/M. 1977; Andreas Buro, Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen, in: Friedensanalysen für Theorie und Praxis, Bd. 4, Frankfurt/M. 1977, S. 50–78; Gerhard Melzer, Der Ostermarsch der Atomwaffengegner, in: Max Schäfer (Hrsg.), Die DKP. Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt/M. 1978, S. 41–58.

91 Brief Kurtz' an den Marschleiter des Ostermarsches West, Pfarrer Günneberg, vom 15. 3. 1962 (NL Kurtz).

92 Brief Kurtz' an Theurer vom 29. 3. 1962 (NL Kurtz).

93 Vgl. ebenda sowie Schreiben von Fulfs an Kurtz vom 5. 5. 1962 (NL Kurtz). Fulfs betonte, die Ablehnung von DFU-Mitgliedern sei nicht nur eine taktische Frage, gebe es in der DFU doch »eine Menge Leute, die sich die politische Linie Moskaus bzw. Pankows zu eigen gemacht« hätten.

94 Beschluß des SPD-Parteivorstandes vom 10. Januar 1961 sowie Rundschreiben des DGB-Bundesvorstandes vom 1. März 1961. Vgl. Otto, a. a. O., S. 131 und S. 136 f.

95 Vgl. Beinert/Eppe/Grimme/Hartmann/Nohara, a. a. O., S. 101 f.

96 Rundschreiben der DFG vom 10. April 1962 (NL Kurtz).

97 Aufstellung der Vertreter der Mitgliedsorganisationen der AKF (NL Kurtz).

98 Brief von Kurtz an Wacker vom 19. 11. 1964 (NL Kurtz).

99 Brief von Kurtz an den DFG-Bundesvorsitzenden August Bangel vom 12. 1. 1964 (NL Kurtz). Beide Parteien sollten offiziell aufgenommen werden, sobald auch die im Parlament vertretenen Parteien offizielle Vertreter entsandten.

100 So Günther Schlatter in dem Gespräch mit dem Verfasser. Außerdem hatte der Bundesausschuß des VK im März 1962 beschlossen, eine Zusammenarbeit mit der WFFB und der VVN sei verbandsschädigend. Vgl. Grünewald, a. a. O., S. 99.

101 Brief von Gruhl an Stoff vom 3. 9. 1962 (Archiv Stoff).

102 Verfügung des Kölner Polizeipräsidenten Hochstein vom 13. 11. 1962. (Archiv Gruhl). DFG, IdK, WFFB und Freidenkerverband protestierten in einem offenen Brief vom 19. 11. 1962 gegen diese Verfügung (NL Kurtz).

103 Schreiben der Naturfreunde (28. 10. 1962), des VK (26. 10. 1962) und des DGB (30. 10. 1962) an Gruhl (Archiv Gruhl).

104 Brief von Linz an Gruhl vom 29. 10. 1962 (Archiv Gruhl). Pfarrer Linz hatte 1956 dem Bundesvorstand der GdW angehört. Die Leitung des Versöhnungsbundes hatte ihren Mitgliedern im Juni 1960 »dringend« geraten, »in der Frage der Zusammenarbeit mit Gruppen, die nicht an der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände beteiligt sind, zurückhaltend zu sein.« (»Versöhnung und Friede« Nr. 9/10, Juni 1960, S. 36). Im Februar 1964 wurde dieser Rat erneuert (»Versöhnung und Friede« Nr. 29, Februar 1964, S. 36).

105 Brief von Kurtz an Dr. Theodor Asholt vom 25. 11. 1962 (NL Kurtz).

106 Vgl. die Berichte der »Kölnischen Rundschau«, der »Neuen Rhein-Zeitung« und des »Kölner Stadt-Anzeiger« vom 19. 11. 1962. Oft genug wurden die Aktivitäten der Friedensorganisationen auch einfach totgeschwiegen.

107 Vgl. die Berichte im »Kölner Stadt-Anzeiger« und in der »Kölnischen Rundschau« vom 3. Mai 1963.

108 Vgl. den Bericht in der »Neuen Rhein-Zeitung« vom 2. September 1963.

109 Vgl. den Bericht in »Die Tat« (ohne Angabe von Nr. und Datum, Archiv Gruhl).

110 Schreiben der AKF an Bundeskanzler Erhard, Kardinal Frings (beide vom 30. 11. 1963) und an Kultusminister Mikat vom 29. 11. 1963 (Archiv Gruhl).

111 Pauling, der den Friedensnobelpreis 1962 erhielt, hatte 1954 bereits einen Nobelpreis für Chemie erhalten.

- 112 Brief Burauens an Pfarrer Linz vom 18. 6. 1964 (Archiv Gruhl).
- 113 Brief Gruhls an Burauen vom 2. 7. 1964 (Archiv Gruhl).
- 114 Aufruf der AKF zum Antikriegstag 1964 (NL Kurtz).
- 115 Erklärung der AKF vom 23. September 1964 (NL Kurtz).
- 116 Brief von Fritz Porschen im Namen der VVN an Gruhl vom 23. 10. 1964 (Archiv Gruhl).
- 117 Brief des Freidenkerverbandes an die VVN vom 28. 10. 1964 (Archiv Gruhl).
- 118 Brief von Kurtz an die VVN vom 27. 10. 1964 (NL Kurtz).
- 119 Brief des Versöhnungsbundes an die AKF vom 3. 11. 1964 (Archiv Gruhl). Zu den politischen Motiven heißt es in dem Brief: »Wir sind der Meinung, daß vor einer so intensiven, in festen Formen verlaufenden Zusammenarbeit die Frage zu klären ist, wie weit sich nicht-kommunistische und kommunistische Friedensarbeit deckt. Eine grundsätzliche Übereinstimmung in der Verhinderung des Krieges genügt vielleicht nicht, wenn sie elementäre politische Unterschiede nicht berücksichtigt. Wir halten je länger, desto mehr die pazifistische Arbeit für eine Arbeit, die über den vopolitischen Raum weit hinausgehen muß, um glaubhaft und praktisch wirksam zu sein.« (Hervorhebung im Original.) Daß die personelle Schwäche des Versöhnungsbundes zum Rückzug aus der AKF beigetragen hat, wurde auch von Kurtz so eingeschätzt (Brief von Kurtz an Bangel vom 28. 2. 1965; NL Kurtz).
- 120 Bei der Multilateralen Flotte handelte es sich um das Projekt einer gemeinsamen NATO-Flotte von 25 Überseeschiffen mit je 28 Polaris-Raketen des Typs A-3 und einer gemischten Besatzung. Über den Einsatz von Nuklearwaffen sollte eine kleine Kontrollgruppe entscheiden, die aus den Hauptpartnern bestehen und deren Votum einstimmig ausfallen sollte.
- 121 »Tatsachen« Nr. 24/1964 (Archiv Pause).
- 122 »Das Andere Deutschland« Nr. 21/1967, S. 8.
- 123 Übersicht über die Mitgliederzahl der DFG-Ortsgruppe Köln vom 4. 10. 1962 (NL Kurtz).
- 124 Brief von Kurtz an die VVN vom 29. 6. 1966 (NL Kurtz).
- 125 Vgl. die Berichte im »Kölner Stadt-Anzeiger« vom 18. Juli 1966 sowie in der »Deutschen Volkszeitung« Nr. 30/1966, S. 3.
- 126 »Kölnische Rundschau« vom 19. 7. 1966: »Friedensgesellschaft ohne Maske.« Der Artikel ist ein Musterbeispiel für verzerrte Berichterstattung.
- 127 Mitgliederlisten der IdK-Gruppe Köln 1962–1966 (Archiv Gruhl).
- 128 Der Brief an de Gaulle ist abgedruckt in: Mitteilungen der IdK-Gruppe Schweinfurt, Nr. IX-1962, S. 19/20 (Archiv Stoff).
- 129 ZIVIL 8-9/1963, S. 75. Die Erlebnisse der Demonstranten sind bezeichnend für das politische Klima, auf das die Friedensorganisationen trafen: »Unser Transparent befand sich vor dem Rathaus gegenüber Presse und Fernsehtribüne. Zuerst entfalteten wir ein in englischer Sprache geschriebenes Transparent. Es wurde ungefähr 5 Minuten geduldet. Dann schrie einer: Nieder mit dem Transparent! Die Umstehenden brüllten Beifall. Unser Transparent wurde von Kriminalbeamten sichergestellt. Ein zweites Transparent entfalteten wir kurz vor Kennedys Ankunft. Diesmal

waren es »Bürger« (Oberamtmann, vom Amt für öffentliche Ordnung), die unser Transparent herunterrissen.« (ebenda).

130 ZIVIL 5/1965, S. 59. Die antikommunistische Befangenheit des VK wurde im Schlußsatz der überreichten Resolution deutlich, wo es hieß: »Hierbei möchten wir allerdings darauf hinweisen, daß von uns auch die Haltung der Regierungen der Volksrepublik China und Nordvietnam mißbilligt wird.«

131 So Herbert Fulfs und Helmut Wendler in den Gesprächen mit dem Verfasser. 1962 hieß die Parole »Nicht Atomwaffen – nicht Völkermord – sondern Abrüstung und Frieden«, während 1964 folgende Forderungen aufgestellt wurden: Kämpft gemeinsam gegen die Atomrüstung; Bildung statt Rüstung; Lehrer statt Offiziere; Professoren statt Generale; Krieg dem Kriege. (Aufrufe zu den Maidemonstrationen 1962 und 1964; Archiv Fulfs).

132 Entschließung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze und zur Verteidigung unserer freiheitlichen Demokratie (Archiv Gruhl).

133 Schreiben des Ostermarschsausschusses an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages vom 23. 6. 1965 (NL Kurtz).

134 U. a. hatte die AKF am 12. Mai 1965 eine Veranstaltung mit Martin Niemöller organisiert, die großen Zuspruch fand. 1966 schloß sich auch der SDS der Arbeitsgemeinschaft an.

135 Vgl. die Berichte im »Kölner Stadt-Anzeiger« v. 7. 9. 1965 und in der »Deutschen Volkszeitung« v. 17. 9. 1965.

136 »Kölner Stadt-Anzeiger« vom 23. 8. 1966. Vgl. auch die Berichte in der »Neuen Rhein-Zeitung« und in der »Kölnischen Rundschau« vom selben Tag.

137 Stellungnahme der AKF zur Presseerklärung des DGB-Köln vom 25. 8. 1966 (NL Kurtz).

138 Schreiben des Deutschen Freidenkerverbandes sowie der DFG an die VVN vom 4. 10. 1966 und vom 31. 10. 1966 (NL Kurtz).

139 Erklärung des Kölner Kuratoriums Notstand der Demokratie vom 10. 4. 1967 (NL Kurtz).

140 Offener Brief der DFG, Ortsgruppe Köln, an die Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 23. 5. 1968 (NL Kurtz).

141 Erklärung des zentralen Arbeitsausschusses der Kampagne für Demokratie und Abrüstung zur Intervention in der CSSR vom 21. 8. 1968 (NL Kurtz).

142 Zum Auflösungsprozeß der Kampagne vgl. Otto, a. a. O., S. 172–179.

143 Die SDS-Projektgruppe Bundeswehr versuchte, den VK als organisatorische Basis ihrer geplanten Bundeswehrekampagne zu instrumentalisieren und rief die SDS-Mitglieder auf, dem VK massiv beizutreten und die alten Vorstände abzuwählen. Vgl. dazu Guido Grünewald, Zur Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung und ihrer Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in: Friedensanalysen für Theorie und Praxis, Bd. 4, Frankfurt/M. 1977, S. 107–126, hier S. 117/118.

144 »apo-press« Nr. 0/68, S. 7. |

145 DFG und IdK hatten sich am 23. Juni 1968 in München zur DFG-IdK zusammengeschlossen.

146 Winfried Schwamborn, eine der treibenden Kräfte im Arbeitskreis Kriegsdienstverweigerung, wurde auf der gemeinsamen Jahreshauptversammlung zum 2. Vorsitzenden gewählt. Den Vorsitz übernahm der Betriebswirt Dieter Hoffmann. Während Kurtz noch bis 1972 als Beisitzer im Vorstand aktiv blieb und anschließend bis zu seinem frühen Tod 1977 bei der Porzer DFG-VK-Gruppe mitarbeitete, trat Gruhl nach persönlichen Differenzen aus der DFG-IdK aus und gründete Ende 1971 eine Ortsgruppe des – mit knapp 400 Mitgliedern auf Bundesebene politisch bedeutungslosen – Verbandes Progressiver Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer (PPK), der aus einer Abspaltung von DFG-IdK- und VK-Mitgliedern entstanden war.

147 Peter Gehner, Strategie und Taktik des Arbeitskreises Kriegsdienstverweigerung, in: »Informationen Republikanischer Club Köln«, Sondernummer Kriegsdienstverweigerung, Nr. 16, Juni 1969. Die Sondernummer enthielt außerdem Artikel über die Funktion der Bundeswehr und Rechtsinformationen für Kriegsdienstverweigerer.

148 Seit Ende 1973 gibt die DFG-VK eine regelmäßig erscheinende Soldatenzeitung heraus, die in Anlehnung an die Zeitung des Arbeitskreises BARRAS genannt wurde.

149 Zum Prozeß und Freispruch vgl. »apo-press« Nr. 5/69, S. 3/4 und Nr. 2/70, S. 4/5. Zur Reaktion der Bundeswehr auf die Verteilaktionen vgl. einen Artikel von Winfried Schwamborn »Helft uns! Wir werden bespitzelt!«, ohne Datum und Angabe des Erscheinungsortes (vermutlich »Deutsche Volkszeitung«, Mitte 1969; NL Kurtz).

150 Die Fusion auf Bundesebene hatte sich am 24. November 1974 in Bonn vollzogen.

151 Die DFG-VK-Gruppe zählt im Herbst 1978 etwa 350 Mitglieder.

152 Dokumentation über die Entstehung der Initiative, über die Abrüstungswoche vom 13. – 22. Mai 1976, über Zukunftsperspektiven der Kölner Initiative für Abrüstung (im Besitz des Verfassers). Die mitarbeitenden Organisationen waren: AStA der Fachhochschule, AStA der Sporthochschule, AStA der Pädagogischen Hochschule, AStA der PH, Abteilung Heilpädagogik, AStA der Musikhochschule, Bund Demokratischer Wissenschaftler, Bürgerinitiative gegen die Berufsverbote, DFU, DFG-VK, DKP, Deutscher Freidenkerverband, Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen, Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten, Jugendclub Courage, Deutsche Jungdemokraten, Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Komitee Freiheit für Chile, Naturfreundejugend, Sozialistischer Hochschulbund, SAK-Schwule Aktion Köln, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Verband Demokratischer Juristen, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung, Marxistischer Studentenbund Spartakus. 1977 kam die Arbeiterfotografie als 27. Gruppe hinzu.

153 Das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit wurde am 7. Dezember 1974 auf dem gleichnamigen Kongreß in Bonn gegründet.

154 Unter Hinweis auf die Kölner Straßenordnung verbot das Ordnungsamt 1967 der Kampagne für Demokratie und Abrüstung mehrmals die Verteilung von Flugblättern. Durch massive Proteste, die in der Presse Unterstützung fanden, konnte die Kampagne 1968 eine Änderung der

Straßenordnung erreichen. Jüngstes Beispiel für administrative Maßnahmen gegenüber Friedensverbänden ist die Ablehnung des Jugendclub Courage als Träger der freien Jugendhilfe durch das Jugendamt der Stadt Köln. Der Jugendclub biete keine »Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit«: »Zweifel an der grundgesetzfreundlichen Einstellung des Jugendclub Courage ergeben sich aus der Beeinflussung der DFG-VK, deren Jugendorganisation der Jugendclub Courage ausweislich seiner Satzung ist, durch Kommunisten und der von dieser Gesellschaft vertretenen Ziele, wie es aus dem Verfassungsschutzbericht 1976, hrsgg. vom Bundesminister des Inneren im Juli 1977, zu entnehmen ist.« (Schreiben des Jugendamtes der Stadt Köln an Joachim Ullrich, Vorsitzender des Jugendclub Courage, vom 12. 10. 1978, Az. 51/00).

155 Kurtz mußte beispielsweise einen erheblichen Teil der Unkosten in den 60er Jahren selber tragen, da die Finanzen der DFG-Gruppe längst erschöpft waren (Brief von Kurtz an Richard Wolters vom 2. 12. 1968; NL Kurtz).